

# EJOTS

## european journal of transnational studies

*Thomas Weigelt:* Die Europäische Menschenrechtskonvention und  
Minderheitensprachen – Eine kritische Bestandsaufnahme

*Norbert Marek:* Diskurs der Geopolitik – Diskurs der Sprachlosigkeit?  
Polnisch-Russische Schwierigkeiten

*Katalin Péter:* Temporary Workforce Migration in Harghita County

*Andrea Bencsik:* Students' Opinion about Teamwork – Eastern versus Western  
Europe in Comparative Perspective

Volume 2 - Issue 1 – Spring 2010

[www.transnational-journal.eu](http://www.transnational-journal.eu)

Budapest – Berlin

# EJOTS

**european journal of transnational studies**

Herausgeber:  
Jean Monnet e.V.

Budapest - Berlin

Volume 2 - Issue 1  
Spring 2010

## Table of Contents

Prologue .....	04
<i>Thomas Weigelt</i> : Die Europäische Menschenrechtskonvention und Minderheitensprachen – Eine kritische Bestandsaufnahme .....	05
<i>Norbert Marek</i> : Diskurs der Geopolitik – Diskurs der Sprachlosigkeit Polnisch-Russische Schwierigkeiten .....	30
<i>Katalin Péter</i> : Temporary Workforce Migration in Harghita County .....	46
<i>Andrea Bencsik</i> : Students’ Opinion about Teamwork – Eastern versus Western Europe in Comparative Perspective .....	56

## Prologue

The European Journal of Transnational Studies (EJOTS) is an interdisciplinary journal that seeks to contribute to a deeper understanding of transnational processes as well as country-specific features. With the tight integration of various disciplines such as economics and political science, sociology, or legal and cultural studies, we want to highlight different aspects of current phenomena and enrich the perspectives of our readers to deeper insights.

Especially important in terms of the thematic focus of the European Journal of Transnational Studies is the scientific exchange between established and new EU member states. EJOTS would like to contribute to the steadily continuing process of European integration and is therefore actively committed to its intensification. Our aim is to promote a common European identity, based on the pluralistic traditions of Europe.

Scientifically based articles and practical relevance are not mutually exclusive. Herein, the European Journal of Transnational Studies sees its central task: the transfer of expertise to social multipliers. Our aim is to build bridges and contribute to a substantial deepening of existing knowledge. Thereby we want to shape and inspire political, cultural, and economic discourses in our society.

Die Europäische Menschenrechtskonvention und  
Minderheitensprachen – eine kritische Bestandsaufnahme

**Thomas Weigelt**

(Universität Hamburg)

*The ECHR developed fundamental rights in respect of minority languages beginning with the Belgian Linguistic Case. The court started from Art. 8 and Art. 14 ECHR and later expanded the legal basis. Because of the unique mechanism of ensuring the rights, the ECHR will remain an important factor in the minority language protection. Therefore an analysis of these rights is warranted.*

## Einleitung

In Europa werden traditionell 94 Sprachen gesprochen, davon 55 nicht als Amtssprachen, sondern als reine Minderheitensprachen. Die Sprecher der Minderheitensprachen mit einer anderen Muttersprache als der Amtssprache stellen 11% der Bürger Europas dar (Pfeil 2000: 2). Der Umgang mit Minderheitensprachen ist eine Frage des Umgangs mit dem eigenen Staatsverständnis. Konflikte mit Minderheiten wie zum Beispiel Sezessionsforderungen äußern sich häufig auch als Konflikte im Umgang mit einer Minderheitensprache (Patten/Kymlicka 2003: 4ff.).

Die Situationen, in denen sich die einzelnen Sprachen befinden, sind sehr unterschiedlich: Einige haben eine große Anzahl von Sprechern, andere sind akut vom Aussterben bedroht. Manche stellen auch die beherrschende Amtssprache in einem anderen Staat dar, weshalb den Sprechern dort der Besuch von Hochschulen und der Zugang zu Medien in der Muttersprache möglich ist. So unterschiedlich sich die verschiedenen Situationen darstellen, so unterschiedlich sind auch die Probleme, die sich daraus ergeben. Dies erschwert die Lösungsfindung. Daher geht es darum, zu analysieren, welche Probleme alle Minderheitensprachen gemeinsam haben, um zumindest diesen Problemen begegnen zu können.<sup>1</sup>

Zwar wurden in den letzten Jahrzehnten eine Reihe neuer Werkzeuge zum Schutz von Minderheitensprachen erschaffen<sup>2</sup>, doch bleibt die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) insbesondere aufgrund ihres besonderen Durchsetzungsmechanismus in Form des Individualbeschwerdeverfahrens vor dem Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) ein herausgehobener Baustein des Minderheitensprachenschutzes.

---

<sup>1</sup> Für die Probleme bei der Evaluierung der Programme s. Ehala 2009, S. 123ff.

<sup>2</sup> Z.B. die Europäische Konvention für den Schutz von Minderheiten oder die Europäische Charta der regionalen oder Minderheitensprachen.

Ausgehend vom *Belgischen Sprachenfall* (Req. 1474/62, 1677/62, 1691/62, 1769/63, 1994/63, 2126/64, Prozessurteil v. 9.2.1967, Endurteil v. 23.7.1968, dt. Übersetzung EGMR-E 1, 26 resp. EGMR-E 1, 31) und dem Grundrecht auf Familienleben in Art. 8 EMRK sowie dem Diskriminierungsverbot in Art. 14 EMRK hat der EGMR eine Dogmatik entwickelt, die trotz des Fehlens einer expliziten Regelung zum Minderheitenschutz einen Gewährleistungsgehalt bietet. Im Folgenden wird durch eine exemplarische Fallbetrachtung zunächst dargestellt, wie die Rechtsprechung des EGMR die EMRK ausgeformt hat. Danach wird diese einer kritischen Analyse unterzogen. Hierbei bleibt die Betrachtungsweise auf die ursprünglich in Europa gesprochenen Minderheitensprachen beschränkt. Viele Aussagen lassen sich auch auf die neuen Minderheiten übertragen, jedoch würde dies eine gesonderte Betrachtung erfordern.

## Teil 1: Übersicht über die Rechtsprechung des EGMR

Um einen Gewährleistungsgehalt der EMRK entwickeln zu können, sind die bedeutendsten Entscheidungen des EGMR und der Europäischen Kommission für Menschenrechte<sup>3</sup>, die die Dogmatik weiterentwickelt haben, zu analysieren.

### Bildungsbereich

Mit Fragen im Zusammenhang zum Zugang zu Bildungseinrichtungen hat sich der EGMR häufig beschäftigt. Ausgangspunkt der Entwicklung von Rechten für Minderheitensprachen und deren Sprecher stellt der sog. *Belgische Sprachenfall* dar. Dabei geht es um verschiedene Aspekte der Regelungen in Bezug auf das Bildungssystem und die Dreisprachigkeit Belgiens. Die belgische Regierung versucht durch eine strikte Homogenität der einzelnen Landesteile

---

<sup>3</sup> Dies war das Zulässigkeitsorgan nach Art. 28 EMRK a.F. vor dem 11. ZP EMRK, im Folgenden: „die Kommission.“

in Bezug auf die Sprache (mit Ausnahme der zweisprachigen Region Brüssel und ihrer Vororte somit dem Territorialitätsprinzip<sup>4</sup> folgend) den andauernden Konflikt zwischen den Sprachgruppen zu beruhigen.

Dabei kommt der EGMR nur zu geringen Erkenntnissen im Bereich der Sprachenrechte (De Witte 1992: 279).<sup>5</sup> Im Ergebnis kommt er zu dem Schluss, dass es kein Recht auf Bildung in der Muttersprache gibt (Beloff 1987: 148), sondern Art. 2 S. 1 1. ZP EMRK nur das Recht auf Bildung in einer Landessprache gewährt (Hillgruber/Jestaedt 1994: 25). Jedoch vermittelt Art. 8 i.V.m. Art. 14 EMRK ein Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zu bestehenden Bildungseinrichtungen. Diskriminierungsfrei heißt jedoch nicht unterschiedslos; eine Ungleichbehandlung wird gerechtfertigt durch eine „sachgerechte, verhältnismäßige und nicht willkürliche“ (Wildhuber 1969/70: 25f.) Begründung. Diese liegt in Form eines Erhalts der sprachlichen Homogenität der einzelnen Landesteile vor (EGMR-E 1, 31, S. 51). Jedoch erweitert der EGMR die Anwendung von Art. 14 EMRK dahingehend, dass zwar immer noch ein Anknüpfungspunkt in Form eines Schutzbereiches eines anderen Grundrechtes aus der EMRK vorliegen muss, jedoch kein Verstoß gegen dieses erforderlich ist. Also besteht im gesamten Bereich der Grundrechte der EMRK das Verbot, anhand der Sprache zu differenzieren, solange nicht eine sachgerechte und verhältnismäßige Erwägung zu dieser Differenzierung führt (Hillgruber/Jestaedt 1994: 26f.).

Der EGMR geht jedoch nicht soweit, dass er Sprache als Merkmal der Identität eines Menschen ansieht, sondern behandelt Sprache nur als Ausdrucksmittel (Bermann 1991/92: 1535f.); er ist also der Ansicht, dass Menschen statt ihrer Muttersprache jederzeit eine andere Sprache verwenden können, dass die Muttersprache also keine besondere Qualität hat. Sprache ist

---

<sup>4</sup> Für eine Erläuterung des Unterschiedes zwischen dem Territorialitätsprinzip zum Personalitätsprinzip, dass an die Sprache des Sprechers anknüpft, s. Patten/Kymlicka 2003, S. 29.

<sup>5</sup> Für die anderen Fragen: Khol, ZaöRV 1970, 263, S. 267 und Grisel, ZaöRV 1967 (27), 693, S. 693ff.



nach dem EGMR auch kein Teil der Weltanschauung der Eltern, wie sie in Erziehungsfragen durch Art. 2 S. 2 1. ZP EMRK geschützt wird (EGMR-E 1, 36f.). Zudem spräche die EMRK in Art. 5 II und Art. 6 III a) sowie e) explizit die Frage des Rechts auf Nutzung von Sprache gegenüber staatlichen Institutionen an. Daraus folge, dass die Vertragsparteien mit den drei Vorschriften diesen Bereich abschließend geregelt wissen wollten (EGMR-E 1, 39).

Über dreißig Jahre später beschäftigt sich der EGMR im Fall *Zypern gegen die Türkei* (Req. 25781/94, Urteil v. 10. Mai 2001) wieder mit dem Zugang und der Einrichtung von Bildungseinrichtungen. Im nördlichen Teil Zyperns ist Türkisch die Amtssprache, im südlichen Teil Griechisch und Türkisch. Grundschulbildung wird im Nordteil entweder in griechischer oder in türkischer Sprache angeboten, weiterführende Bildungseinrichtungen bieten jedoch nur Englisch oder Türkisch an (Beiter 2006: 425f.). Das vormals bestehende griechischsprachige weiterführende Bildungsangebot wurde abgeschafft (Medda-Windischer 2003: 259). Entscheidet sich ein Schüler für griechischsprachige Bildung, so muss er in den Südteil übersiedeln. Eine Rückkehr in den Nordteil ist nach Abschluss des Bildungsganges nur unter sehr erschwerten Bedingungen möglich, somit führt diese Regelung in ihrer praktischen Auswirkung zu einer dauerhaften Teilung der Familien (Beiter 2006: 425f.).

Der EGMR führt unter anderem aus, dass zwar das Recht auf Bildung kein Anspruch darauf gewährt, eine Bildungseinrichtung zu schaffen, sich jedoch unter gewissen Umständen ein solcher Anspruch ergeben kann: Wenn die Grundschulbildung in einer Sprache angeboten wird, so ergibt sich daraus eine Verpflichtung zur Gewährung der weiterführenden Bildung in dieser Sprache. Sonst würde das Recht auf Bildung ausgehöhlt (Beiter 2006: 426f.). Der EGMR führt ein Effektivitätsargument ins Feld (Ringelheim 2008: 9). Im Ergebnis kann aus dem Recht auf Bildung und Familienleben unter bestimmten Einschränkungen somit ein Recht auf Bildung in einer bestimmten Sprache folgen (Beiter 2006: 426f.). Neben der Verletzung von Art. 2 S. 1 1. ZP EMRK

sieht es in der fehlenden Rückkehrmöglichkeit einen Verstoß gegen Art. 8 EMRK (Urteil RN 292ff.). Zwar kann dieses Urteil nicht ganz außerhalb der speziellen Umstände in Zypern betrachtet werden, doch ist die Erweiterung im Vergleich zu den Aussagen im Fall des *Belgischen Sprachenfalls* beachtlich (Ringelheim 2008: 9f.).

Im selben Jahr betont jedoch der EGMR im Fall *Skender gegen die Frühere Jugoslawische Republik Mazedonien* (Req. 62059/00, Entsch. v. 22.11.2001), dass sich aus Art. 2 1. ZP EMRK kein Recht auf Bildung in einer anderen als der Amtssprache ableiten lässt (Gynther 2007: 62). In diesem Fall geht es um das Recht eines türkischsprachigen Kindes, in eine türkische Grundschule zu gehen, die nicht die nächstliegende war, welche das Kind nach dem Schulgesetz jedoch zu besuchen hat (ECommHR, Human Rights Case Digest 2001 (12), 1117, S. 1117f).

## Justizwesen

Im Bereich des Justizwesens haben die Vertragsparteien durch Art. 5 II und Art. 6 III a) sowie e) EMRK eine explizite Regelung zum Umgang mit Sprachen getroffen. Bereits vor dem Urteil im *Belgischen Sprachenfall* entscheidet die Kommission in der Sache *Isop gegen Österreich* (Req. 808/60, Entsch. v. 8.3.1962), dass Art. 6 EMRK nur den Beklagten schützt, nicht aber den Kläger einer Privatklage (ECommHR, Yearbook of the European Convention on Human Rights 1962 (5), 108, S. 110). Zudem sei der Kläger in der Lage die Gerichtssprache zu sprechen. Den Anwendungsbereich von Art. 14 EMRK schloss die Kommission auf Grund der Aussagen zu Art. 6 EMRK ebenfalls aus (ECommHR, Yearbook of the European Convention on Human Rights 1962 (5), 108, S. 122ff.).

Die Kommission bestätigt im Fall *X und Y gegen Belgien* (Req. 2332/64, Entsch. v. 7.10.1966) den Ausschluss von nicht klassisch strafrechtlichen Verfahren von Art. 6 EMRK – im vorliegenden Fall für einen Zivilprozess (De Zayas 1993: FN 63).

Auch im Fall *Kamasinski gegen Österreich* (Req. 9783/82, Urteil v. 19.12.1989; wobei es sich bei dem Antragsteller nicht um ein Mitglied einer autochthonen Minderheit handelt) beschreibt der EGMR die Reichweite der Justizgrundrechte: Es gäbe kein Recht auf Übersetzung aller Verfahrensschritte; es müsse nur sichergestellt sein, dass der Betroffene dem Sinn nach informiert sei (Urteil RN 74).<sup>6</sup>

## Politische Partizipationsprozesse

Im Fall *Mathieu-Mohin und Clerfayt gegen Belgien* (Req. 9267/81, Urteil v. 2.3.1987) beschäftigte sich der EGMR mit der bis dahin offen gelassenen Frage der Reichweite von Art. 3 1. ZP EMRK in Bezug auf die Sprachwahl. Die Antragsteller werden aus den zur flämischen Region gehörenden, tatsächlich jedoch zweisprachigen Vororten Brüssels in das belgische Ober- und Unterhaus gewählt und können damit gleichzeitig Mitglieder des Legislativkörpers für Flandern werden, falls sie einen Schwur auf Niederländisch ablegen. Wegen ihres Schwures auf Französisch wird ihnen die Teilnahme an den Sitzungen des Legislativkörpers für Flandern jedoch verwehrt (De Varennes 1996: 74f.).

Zwar bejaht die Kommission einen Verstoß gegen Art. 3 1. ZP EMRK und auch der EGMR stellt fest, dass es sich um eine gesetzgebende Körperschaft i.S.v. Art. 3 1. ZP EMRK handelt (Urteil RN 53); allerdings kommt der EGMR zu dem Schluss, dass die Schwursprachenerfordernis auf verhältnismäßige Weise einen legitimen Zweck (Arbeitsfähigkeit und sprachliche Homogenität)

---

<sup>6</sup> So die Kommission auch im Hinblick auf autochthone Minderheiten in den Fällen *K gegen Frankreich* (Req. 10210/82, Entsch. v. 7.12.1983) und *Bideaut gegen Frankreich* (Req. 11261/84, Entsch. v. 6.10.1986).

verfolgt und auch Art. 3 1. ZP EMRK einen impliziten Gesetzvorbehalt beinhaltet (De Varennes 1996: 74f.; Thornberry 2002: 156). Die Untersuchung von Art. 3 1. ZP i.V.m. Art. 14 EMRK führt zu dem Ergebnis, dass auch im Bereich der parlamentarischen Rede das Sprachdiskriminierungsverbot greift. Der EGMR lässt dabei offen, ob ein Eingriff vorliegt; ein solcher sei ohnehin aus denselben Gründen wie in Bezug auf Art. 3 1. ZP EMRK gerechtfertigt (De Varennes 1996: 75).

Auch in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stellten sich – häufig wegen der großen russischen Minderheiten, die nur zu einem Teil eine autochthone Minderheit darstellen<sup>7</sup> – Fragen über die Stellung von Minderheitensprachen. Eine dieser Rechtssachen erreichte den EGMR mit dem Fall *Podkolzina gegen Lettland* (Req. 46726/99, Urteil v. 9.4.2002). Die Wahlbehörde fordert von der Betroffenen ein neues Lettischkenntniszertifikat, obwohl sie bereits bei der Anmeldung zur Wahlaufstellung eines vorgelegt hat. Der Prüfer der staatlichen Stelle führte den Test ungewöhnlicherweise auf der Arbeit von der Betroffenen durch (Urteil RN 10).

Laut EGMR handele es sich um einen Eingriff in den Schutzbereich von Art. 3 1. ZP EMRK, welcher auch die Aufstellung zur Wahl umfasse (Urteil RN 33). Auf Rechtfertigungsebene diene der Eingriff jedoch einem legitimen Zweck, nämlich der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments durch die Sicherstellung einer einheitlichen sprachlichen Basis (Urteil RN 34). Auf die widerstreitenden Interessen im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung käme es in diesem Fall nicht an, da keine rechtliche Basis für eine erneute Prüfung eines Kandidaten ersichtlich sei, wenn dieser eine gültige Bescheinigung bereits vorgelegt habe. Dieses Vorgehen der Behörde verhindert die Rechtfertigung der Maßnahme (Urteil RN 36ff.). Zu Art. 3 1. ZP i.V.m. Art. 14 EMRK äußert sich der EGMR nicht (Urteil RN 42).

---

<sup>7</sup> Zur Geschichte s. Anton 2009, S. 122ff.

Im Rechtsstreit *Fryske Nasjonale Partij gegen die Niederlande* (Req. 11100/84, Entsch. v. 12.12.1985), in dem sich die Partei der Friesen in den Niederlanden weigert, das niederländischsprachige Formular zur Wahlaufstellung auszufüllen (Higgins 2003: RN 74), entscheidet die Kommission, dass es sich um keinen Verstoß gegen Art. 3 1. ZP EMRK handele. Diese Vorschrift beinhalte kein Recht auf Auswahl der Sprache in Wahlangelegenheiten (Spiliopoulou Åkermark 1996: 212). Auch aus der Freiheit der Meinungsäußerung und des Gewissens aus Art. 10 und 11 EMRK ließe sich ein solches Recht nicht ableiten, insbesondere da es den Antragstellern freistünde, Friesisch in anderen Bereichen zu verwenden (Higgins 2003: RN 74).

## Zusammenfassung

Aus der Rechtsprechung des EGMR und den Entscheidungen der Kommission lässt sich folgendes Bild des Gewährleistungsgehaltes der Konvention in Bezug auf Minderheitensprachenrechte zeichnen:

Die Konvention gestattet den Vertragsstaaten die Festlegung einer Amtssprache nach weitem Ermessen. Die Staaten können kulturelle, historische und politische Erwägungen einfließen lassen und unterliegen keiner Pflicht, zweisprachige Gebiete auszuweisen. Sollten sie dies trotzdem tun, dann müssen sie nicht auf Veränderungen der tatsächlichen demografischen Situation Rücksicht nehmen, sondern können an den hergebrachten Grenzziehungen festhalten.

Den Staaten steht es frei, den Umgang mit ihren Institutionen in sprachlicher Hinsicht zu beschränken. Zwar müssen sie einen Zugang in den jeweiligen Amtssprachen der Region gewähren; weitere Sprachen müssen sie jedoch nicht zulassen. Auch im Bildungsbereich besteht kein Recht auf die Einrichtung von Angeboten außerhalb des amtlichen Sprachregimes. Die andersartige Behandlung von Sprachen durch die Staaten lässt sich durch einen wichtigen Belang rechtfertigen, wie ihn nach Ansicht des EGMR zum Beispiel der Erhalt

der sprachlichen Homogenität darstellt. Bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung dieser Beschränkung nimmt er einen weiten Einschätzungsspielraum („margin of appreciation“) zu Gunsten der Staaten an.

## Willkürverbot

Im *Belgischen Sprachenfall* gestattet der EGMR zwar eine reine Einsprachigkeit im Schulsystem der beiden Regionen (EGMR-E 1, 31, 42ff.), unterzieht aber die Sonderregeln in Löwen (EGMR-E 1, 31, 48ff.) und in den zweisprachigen Randgebieten Brüssels (EGMR-E 1, 31, 46ff.) einer genaueren Überprüfung. Diese Sonderregeln sehen Ausnahmen von der Einsprachigkeit vor. Der EGMR fordert für die Beschränkung des Zugangs zu den dort eingerichteten Schulen sowohl einen legitimen Zweck als auch die Verhältnismäßigkeit der Mittelwahl (EGMR-E 1, 31, 42ff.). Diese beiden Voraussetzungen lassen sich in ihrem Zusammenwirken als ein Diskriminierungsverbot begreifen.

Die Prüfung erfolgt aber nicht im Hinblick auf Personengruppen, die zwar gleichbehandelt werden, deren Gleichbehandlung allerdings zu unterschiedlich starken Belastungen führt. So geht der EGMR nicht darauf ein, dass ein französischsprachiges Kind in Flandern von dem Zwang, auf eine niederländischsprachige Schule zu gehen, stärker belastet wird als ein niederländischsprachiges. Deshalb hat das Diskriminierungsverbot nur die Wirkung eines engen Willkürverbotes.<sup>8</sup> Dieses Verbot verhindert ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen, verbietet jedoch nicht ungerechtfertigte Gleichbehandlungen von Ungleichem.

In der Rechtssache *Mathieu-Mohin und Clerfayt gegen Belgien* deutet der EGMR zwar an, prüfen zu wollen, ob der französischsprachige Abgeordnete, der in einem flämischen Wahlbezirk gewählt wurde, genauso behandelt werden darf wie ein niederländischsprachiger (Urteil *Mathieu-Mohin und*

---

<sup>8</sup> Die hier als enges Willkürverbot bezeichnete Rechtsfigur ist nicht mit der Willkürformel des Bundesverfassungsgerichts gleichzusetzen.

*Clerfayt gegen Belgien* RN 57.). Diese Prüfung erweckt auf den ersten Blick den Anschein einer Diskriminierungsverbotsprüfung. Jedoch verkennt der EGMR dabei die Auswirkung der Regelung: Im Legislativkörper für Flandern kann kein Repräsentant der französischsprachigen Flamen sitzen. Die Prüfung, die der EGMR durchführt, stellt daher auch nur eine Willkürverbotsprüfung dar. Auch in den anderen Entscheidungen des EGMR wird der fehlende Teil des Diskriminierungsverbotes nicht aufgegriffen. Folglich gewährt der EGMR nur ein enges Willkürverbot.

### Effektivitätsgebot

Außerdem urteilt der EGMR im Fall *Zypern gegen die Türkei*, dass zwar kein Anspruch auf Einrichtung einer Schule besteht, die Weiterführung einer begonnenen Ausbildung jedoch gewährt werden muss (Beiter 2006: 426f.). Diese Gewährleistung muss so ausgestaltet sein, dass sie ohne Beeinträchtigungen des Familienlebens genutzt werden kann (Urteil *Zypern gegen die Türkei* RN 292ff.). Folglich lässt sich diese Pflicht zur Bereitstellung als Gebot verstehen, Bildung so anzubieten, dass Schüler aus ihr effektiv Nutzen ziehen können.

### Teil 2: Analyse der Rechtsprechung

Anhand des Willkürverbotes und des Effektivitätsgebotes, die dementsprechend den Kern des Gewährleistungsgehaltes darstellen, ist die Rechtsprechung einer kritischen Analyse dahingehend zu unterziehen, ob sie die Interessen der Angehörigen von Minderheitensprachen effektiv schützt.

a) Das Willkürverbot

Zunächst ist das Willkürverbot genauer zu betrachten: Der EGMR hat es am *Belgischen Sprachenfall* aus den Grundrechten auf Bildung und Familienleben nach Art. 2 1. ZP und Art. 8 EMRK entwickelt.

Im Fall *Mathieu-Mohin und Clerfayt* greift er diesen Gedanken wieder auf und führt auch im Zusammenhang mit Art. 3 1. ZP EMRK eine Prüfung durch. Daher könnte vertreten werden, dass es sich bei diesem Verbot um einen allgemeiner Rechtssatz handelt, den der EGMR auf jeden sprachenbezogenen Fall anwendet (Hillgruber/Jestaedt 1994: 26f.). Dies hat er jedoch nie explizit gesagt.

Des Weiteren lässt der EGMR den Staaten eine Rechtfertigungsmöglichkeit. Das Verbot ist nicht absolut ausgestaltet, sondern wird durch einen Gesetzesvorbehalt beschränkt. Bei der Wahl des Zweckes lässt der EGMR den Staaten einen sehr weiten Einschätzungsspielraum. Vor allem bei der Bewertung der Legitimität der vorgebrachten Gründe zeigt der Gerichtshof kaum Schärfe (Henrard 2008: 318): Die sprachliche Homogenität eines Landesteiles kann keine Begründung sein, wenn die Existenz einer Minderheitensprache gerade das Ziel ist. Auch die Begründung der Homogenität des Parlamentes kann nicht überzeugen: Das Europäische Parlament beweist, dass ein vielsprachiges Parlament zwar teuer, aber arbeitsfähig ist.

Diese Begründungen stehen im diametralen Gegensatz zu der Grundforderung des Minderheitenschutzes, nämlich der Akzeptanz der Sprache als Teil der lokalen Kultur (Thornberry 1991: 141f.). Das Vorgehen des EGMR höhlt das Willkürverbot aus. Die Rechtsprechung kann in diesem Punkt nicht als gelungene Umsetzung des Willkürverbotes angesehen werden.

Außerdem berücksichtigt das Willkürverbot nicht, dass auch die formal gleichen Anforderungen zu verschieden starken Belastungen führen können (De Varennes 1996: 81). Der EGMR beschränkt sich auf einen beinahe rein formal betrachteten Gleichheitsgrundsatz (Henrard 2008: 317). Dieser



Teilaspekt müsste in einem idealen Minderheitensprachenschutz berücksichtigt werden; ein volles Diskriminierungsverbot stellt eine *conditio sine qua non* für den Minderheitensprachenschutz dar (Henrard 2008: 316).

Im Ergebnis reicht das Willkürverbot somit nicht an ein Diskriminierungsverbot heran. Ein solches sollte sowohl die formale Gleichbehandlung des Willkürverbotes beinhalten als auch die aktive Komponente: Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Weiterhin bedarf es einer Schärfung des Bewertungsmaßstabes des EGMR. Er darf eine Ungleichbehandlung nur dann rechtfertigen, wenn der Zweck für die Funktionsfähigkeit des Staates notwendig ist. Die Besänftigung eines innerstaatlichen Konfliktes ist durch die reine Abschottung von Bevölkerungsteilen nicht möglich. Darüber hinaus ist zu fordern, dass der EGMR deutlich hervorhebt, dass es sich bei dem Willkürverbot um ein allgemeingültiges Verbot handelt und nicht um ein auf Art. 2 1. ZP, Art. 3 1. ZP und Art. 8 EMRK beschränktes Verbot.

#### b) Das Effektivitätsgebot

Das Effektivitätsgebot greift nur ein, wenn bereits eine Einrichtung existiert. An diese stellt das Gebot die Anforderung, dass sie so ausgestaltet werden muss, dass jeder Besucher einen Nutzen aus der Einrichtung ziehen kann. Der EGMR gibt also einen weiten Rahmen vor, der es den Staaten überlässt zu entscheiden, ob sie überhaupt eine solche Einrichtung anbieten wollen. Er stellt mit dem Effektivitätsgebot folglich eine Regel auf, die nur dann überhaupt zur Anwendung kommt, wenn sich die Staaten für eine minderheitensprachige Bildungseinrichtung an sich entschließen. Daher ist es fraglich, ob dieses Effektivitätsgebot ausreicht, um den Erhalt von Minderheitensprachen sicherzustellen.

Neben der Familie stellt die Schule den entscheidenden Bereich kindlicher Sozialisation dar. Minderheitensprachen können nur erhalten werden, wenn sie institutionalisiert werden (Pfeil 2000: 6; Williams 2009: 11). Durch die

Einrichtung von Institutionen wird die Weitergabe der Sprache in geregelte Bahnen gelenkt und damit dauerhaft sichergestellt. Als ersten Schritt für eine Institutionalisierung müssen Schulen Unterricht in Minderheitensprachen anbieten. Danach folgt die Etablierung in anderen Institutionen des öffentlichen Lebens.

Die Forderung der Bereitstellung solcher Institutionen durch den Staat lässt sich als Einrichtungsgebot begreifen. Dieses fordert von dem Staat, unter Beachtung einer gewissen Mindestgröße der Zielgruppe, Einrichtungen in den Minderheitensprachen zu schaffen. Das ist ein subjektives Recht, welches sich aus mehreren Teilen zusammensetzt: Zunächst beinhaltet es ein Erschaffungsgebot. Das Erschaffungsgebot zwingt den Staat, Schulen und ähnliches zu erschaffen, wenn der Bedarf<sup>9</sup> existiert. Des Weiteren beinhaltet es ein Erhaltungsgebot: Der Staat darf nicht willkürlich bestehende Angebote schließen. Als dritte Komponente umfasst es eine Ausstattungspflicht: Der Staat muss Einrichtungen so gestalten, dass die Bürger sie effektiv nutzen können und sie von der gleichen Qualität wie die Einrichtungen für die Mitglieder der Mehrheitsprache sind.

Das vom EGMR entwickelte Effektivitätsgebot entspricht der Ausstattungspflicht des Einrichtungsgebots. Es bleibt damit hinter der Forderung nach einem effektiven Einrichtungsgebot zurück.

Die EMRK verbürgt klassische Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat. Ein Einrichtungsgebot würde nicht ein Teilhaberecht darstellen, sondern weitergehende Forderungen aufstellen. Dies entspricht nicht der Natur der EMRK. Mit dem Effektivitätsgebot ist zudem die Problematik verbunden, dass es auf der Bildungsgarantie des Art. 2 S. 1 1. ZP EMRK beruht. Bisher hat der EGMR dieses Gebot nicht auf andere Bereiche übertragen. Eine solche Übertragung ist insbesondere für jene Bereiche fraglich, die in der EMRK und ihren Zusatzprotokollen keinerlei Erwähnung gefunden haben.

---

<sup>9</sup> Hierbei sind an den Bedarf geringe Anforderungen zu stellen, um das Recht nicht nutzlos werden zu lassen.

Der EGMR hat dieses Gebot mit dem Fall *Zypern gegen die Türkei* entwickelt. Die Situation in Nordzypern ist eine besondere, da dort der Besuch einer griechischen Schule zur Trennung von Familien führt. Auch kam es zu einer Reihe von Menschenrechtsverstößen durch die nordgriechischen Behörden (Urteil *Zypern gegen die Türkei* RN 20ff.). Dogmatisch leitet der EGMR seine Entscheidung aus der Kombination von Art. 2. S. 1 1. ZP EMRK und Art. 8 EMRK her. Dieses Urteil kann allerdings nicht außerhalb des Kontextes und des besonderen Sachverhaltes betrachtet werden (Ringelheim 2008: 9f.). Daher bleibt abzuwarten, ob der EGMR das Effektivitätsgebot auch in weniger extremen Fällen aufgreifen wird.

### Die Wirkung der Akzessorietät von Art.14EMRK

Der EGMR macht nicht deutlich, ob er das Willkürverbot dogmatisch auf Art. 14 EMRK stützt. Im *Belgischen Sprachenfall* begründet er seine Ausführungen in weiten Teilen mit Art. 14 EMRK (EGMR-E 1, 31, 37ff.). Dagegen führt er in der Rechtssache *Mathieu-Mohin und Clerfayt gegen Belgien* zu Art. 14 EMRK nur aus, dass dieselben Argumente wie für Art. 3 1. ZP EMRK greifen (Urteil *Mathieu-Mohin und Clerfayt gegen Belgien* RN 58f.). Daher ist nicht ersichtlich, ob das Willkürverbot direkt aus den Grundrechten abzuleiten ist oder ob es auf dem Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK beruht, da der EGMR es unterlässt, Art. 14 EMRK zu prüfen, wenn er bereits einen Verstoß gegen ein Grundrecht bejaht hat und die Ungleichbehandlung nicht den Kern des Falles darstellt (Henrard 2008: 317 FN 6). Würde der EGMR das Willkürverbot nicht auf Art. 14 EMRK stützen, so würde sich die Frage stellen, ob jedes Grundrecht der EMRK solch ein Willkürverbot beinhaltet. Würde er es dagegen mit Art. 14 EMRK begründen, so würde das Willkürverbot auf jeden Bereich Anwendung finden, für den die EMRK eine Regelung kennt, da Art. 14 EMRK auf jedes Grundrecht der EMRK anwendbar ist.

Jedoch bleibt bei beiden Konstruktionen der Anwendungsbereich auf die Bereiche beschränkt, die von der EMRK angesprochen werden. Bereiche, die außerhalb der EMRK liegen, können vom EGMR nicht geschützt werden.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob eine Begründung, die sich auf einzelne Grundrechte stützt, sinnvoll ist: Ein explizites Minderheitenrecht würde diesem dogmatischen Problem begegnen, dass den Schutz von Minderheiten in ganzen Bereichen entfallen lässt. Aber auch hier streitet die Natur der EMRK als Sammlung von klassischen Abwehrrechten gegen solch ein weites Recht, welches fast zwangsläufig auch Teilhaberechte beinhalten würde.

In Fällen des Minderheitenschutzes außerhalb des Bereiches der Sprache scheint der EGMR dem Problem von indirekter Diskriminierung sehr zurückhaltend zu begegnen (Henrard 2008: 322ff.); in Bezug auf den Umgang mit Sprachen ist er bis jetzt kaum damit in Berührung gekommen. Daher ist unklar, wie er im Hinblick auf Minderheitensprachen damit umgehen wird.

## Forderungen

Zwar gewährleistet der EGMR einen Minderheitensprachenschutz in einem gewissen Umfang; möglicherweise sind jedoch weitergehende Anforderungen an eine Rechtsprechung zu stellen, die Minderheitensprachen tatsächlich effektiv schützt.

### a) Beschränkungsverbot

Mit Familie, Freunden und näheren Bekannten kommuniziert man am häufigsten. Wenn der Erhalt der Minderheitensprachen das Ziel ist, dann muss das Gebiet geschützt werden, in dem die Minderheitensprache hauptsächlich genutzt wird (Pfeil 2000: 6). Sollte ein Staat den Umgang im Privaten verbieten, so stellt dies eine ganz entscheidende Bedrohung für die Minderheitensprache dar. Folglich ist zu fordern, dass jede Beschränkung der privaten

Kommunikation einer Rechtfertigungspflicht unterliegt. Diese muss so streng sein, dass nur in Bereichen, in denen ein Sprecher seinen privaten Nahbereich verlässt und mit seiner Kommunikation Risiken für andere eröffnet, eine Rechtfertigung gelingen kann. Solche Risiken können beispielsweise im Wirtschaftsleben entstehen; zu denken ist etwa an die Angabe von Inhaltsstoffen auf Verpackungen, bei welcher aus nachvollziehbaren Erwägungen eine bestimmte Sprachwahl angezeigt ist (Patten/Kymlicka 2003: 23). In dieser Hinsicht sind die Menschen schutzbedürftig, die der Minderheitensprache nicht mächtig sind. Anders liegt der Fall bei Werbetafeln, Broschüren und andere Kommunikationsmitteln, die Gewerbetreibende zur Kundengewinnung nutzen. Zumindest in Bereichen, in denen ein freier Wettbewerb herrscht, muss die Nutzung der Amtssprache nicht vorgeschrieben werden, da sich der Kunde selbst an einen Anbieter seiner Sprache wenden kann.

Ein solches Beschränkungsverbot hat der EGMR nie formuliert; die Kommission hat lediglich einmal in der Entscheidung *Fryske Nasjonale Partij gegen die Niederlande* ein solches angedeutet (ECommHR, Decisions and Reports 45, 240, S. 243). Problematisch ist jedoch, dass die EMRK kein allgemeines Persönlichkeitsrecht vorsieht, welches als Anknüpfungspunkt dienen könnte. Als Anknüpfungspunkt könnte höchstens Art. 8 EMRK angenommen werden.

#### b) Förderungsgebot

Ein Vertrauen auf die Kräfte des demokratischen Willensbildungsprozesses reicht für den Schutz von Minderheitensprachen nicht aus: Grundbedingung dafür, dass sich ein Interesse in einer Demokratie durchsetzt, ist die Möglichkeit, dass aus einer Minderheit eine Mehrheit erwachsen kann. Dies ist bei Minderheitensprachen durch die geringe Anzahl an Sprechern nicht möglich. Folglich bedarf es einer aktiven, fördernden Schutzpolitik durch den Staat (Pfeil 2000: 4f.). Ein Beispiel für eine solche Förderung sind kulturelle Aktivitäten der Minderheit.

Eine Vielzahl von Kulturangeboten für die Sprecher der Mehrheitssprache bedarf der staatlichen Förderung, wie zum Beispiel Opern, Museen oder Theaterhäuser. Die Mehrzahl der Minderheitensprachengruppen besitzt eine noch viel geringere ökonomische Macht als die Gruppe der Sprecher der Mehrheitssprache. Folglich können sich Kulturangebote für diese Zielgruppen noch schwieriger selbst tragen. Dieses Deckungsdefizit ist vom Staat zusätzlich zur normalen Kulturförderung auszugleichen. Die Investition in Kulturangebote führt sowohl zu einem Wirtschaftswachstum als auch zu einer Steigerung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Sprecher (Williams 2009: 11). Daher bedarf es einer diskriminierungsfreien Kulturförderung und der Übernahme des Fehlbetrages auf Grund der kleineren Zielgruppe.<sup>10</sup>

Ein weiteres Beispiel für die mögliche Förderung von Minderheitensprachen ist die Ausgestaltung der Medienlandschaft. Der EGMR fordert zwar keine aktive Unterstützung, betont jedoch in *Informationsverein Lentia und andere gegen Österreich* (Req. 13914/88, 15041/89, 15779/89, 17207/90, Urteil v. 24.11.1993), dass zumindest bei der Lizenzvergabe an private Betreiber auch Belange von Minderheiten berücksichtigt werden müssen (Urteil RN 32).

Der Staat muss die Anreizstruktur so setzen, dass es für den Einzelnen einen Mehrwert darstellt, eine Minderheitensprache zu sprechen. Das Sprechen einer Minderheitensprache muss für den Sprecher insoweit erstrebenswert sein, als dass er durch seine Minderheitensprache bessere Chancen für den sozialen Aufstieg hat (Pfeil 2000: 4f.). Auch hierbei greift das Förderungsgebot, indem der Staat durch gezielte Förderung, wie beispielsweise die erleichterte Einstellung in den öffentlichen Dienst, einen Anreiz für Sprecher einer Minderheitensprache setzt, die eigene Sprache ihren Kindern weiter zu vermitteln.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> S. bspw. zur Kulturförderung des Gälischen in Schottland Chalmers 2009, S. 161ff.

<sup>11</sup> Die Frage, wie weit eine aktive Förderung v. Mitgliedern einer benachteiligten Gruppe gehen darf, ist hoch umstritten; für eine Übersicht der Fälle vor dem EGMR in dieser Hinsicht s. Henrard 2008, S. 321f.

Die notwendigen Anreizstrukturen können jedoch ganz verschieden sein: Für einen französischsprachigen Flandern bedeutet die Weitergabe seiner Muttersprache, dass sein Kind in Frankreich und in Wallonien arbeiten und leben kann. Der wirtschaftliche Mehrwert ist also auch ohne staatliche Unterstützung vorhanden. Für einen französischsprachigen Flandern muss der Staat eher Anreizstrukturen setzen, um in Flandern wohnen zu bleiben und Niederländisch zu lernen, damit es verhindert wird, dass sich eine Parallelgesellschaft bildet. Für einen Sorben dagegen gibt es kein sprachliches Heimatland. Der Staat muss folglich eine aktive Förderungspolitik betreiben, sodass der Sprecher einen Sinn in dem Erhalt seiner Muttersprache sieht. Am Unterschied zwischen französischsprachigen Flandern auf der einen Seite und Sorben auf der anderen Seite lässt sich die allgemeine Problematik des Förderungsgebotes aufzeigen:

Die Basis menschenrechtlicher Regelungen ist ihre Universalität – im Bereich des Minderheitensprachenschutzes besteht darin jedoch zugleich ihre Schwäche: Es ist nicht möglich, universell festzulegen, worin die optimale Förderung für eine Minderheitensprache besteht, sondern sie muss für jede individuell bestimmt werden. Zum einen ist dies nicht im Rahmen einer Menschenrechtskonvention wie der EMRK möglich, die subjektive Rechte gewährt (Patten/Kymlicka 2003: 34f.). Zum anderen würde sich ein Definitionsproblem ergeben, wenn die Durchsetzung des Gebotes den Staaten überlassen bleibt; denn dann gewinnen die Staaten auch Definitionsmacht über den Begriff „förderungswürdig.“ Was sie nämlich als förderungswürdig ansehen, fördern sie bereits. Es käme zu einer Verfestigung des status quo. Daher ist ein Förderungsgebot zwar notwendig; diese Forderung kann allerdings nicht an den EGMR gerichtet werden, da dieser wegen der Struktur der EMRK die Forderung nicht erfüllen kann.

c) Erweiterung der Justizgrundrechte

Die in Art. 5 II und Art. 6 III a) sowie e) EMRK gewährten Rechte in Bezug auf die Justiz bedürfen einer extensiven Auslegung: Da die Institutionalisierung der Minderheitensprache das Ziel ist (Pfeil 2000: 6; Williams 2009: 11), muss auch in der Justiz eine Etablierung der Minderheitensprache stattfinden. Die Begrenzung der Rechte auf eine Übersetzung der wesentlichen Verfahrensschritte reicht nicht aus; es ist ein Recht auf Prozessführung in der eigenen Sprache für Sprecher von Minderheitensprachen zu fordern (Patten/Kymlicka 2003: 34f.). Mehrsprachigkeit muss also in der Justiz Berücksichtigung finden.

Dies muss an sich auch für die Verwaltung gelten, kann jedoch dem Wortlaut der Art. 5 II und Art. 6 III a) sowie e) EMRK nicht entnommen werden. Ein anderer dogmatischer Anknüpfungspunkt wäre ein allgemeines Persönlichkeitsrecht, das sich in der EMRK jedoch nicht findet.

## Bewertung und Entwicklungschancen

Die Rechtsprechung des EGMR zeigt neuerdings Veränderungen und Entwicklungschancen. Der EGMR hat erst 2001 in der Rechtssache *Zypern gegen die Türkei* das Effektivitätsgebot beschrieben; auch hat er 2007 in der Sache *Bulgakov gegen die Ukraine* (Req. 59894/00“, Urteil v. 11.9.2007, RN 43) angedeutet, dass er Sprache vielleicht doch nicht nur als Handwerkszeug, sondern als elementaren Teil der Identität betrachtet. Diese beiden Entwicklungslinien stimmen leicht optimistisch dahingehend, dass das Willkürverbot und das Effektivitätsgebot ausgeweitet werden und vor allem das Effektivitätsgebot ein neues dogmatisches Fundament erhält. Problematisch scheint im Hinblick darauf das Fehlen einer Menschenwürdegarantie in der EMRK, die sich als Anknüpfungspunkt bieten würde (und zumindest vom deutschen Bundesverfassungsgericht für Grundrechtsfortbildungen häufig



heran gezogen wird<sup>12</sup>). Auch scheint der EGMR in Bereichen außerhalb von Sprache das Willkürverbot langsam zu einem Diskriminierungsverbot auszubauen (Henrard 2008: 318f.). Ob er dieser Entwicklung auch im Bereich der Minderheitensprachen folgen wird, bleibt abzuwarten.

Es ist daher im Ergebnis festzustellen, dass der EGMR hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt: Zwar ist er schon sehr weit gegangen, indem er aus einer Konvention, die Minderheitenschutz als Konzept gar nicht kennt,<sup>13</sup> zumindest einige derartige Rechte entwickelt hat, doch kann dies noch nicht genügen. Es wäre ihm möglich, die Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen strenger zu kontrollieren. Dies würde zumindest einen Teil des nicht weit genug gehenden Diskriminierungsschutzes verbessern.

Im Hinblick auf das geforderte Beschränkungsverbot und in Bezug auf das angestrebte Einrichtungsgebot darf die Kritik nicht zu hart ausfallen, da der EGMR durch die Restriktionen der EMRK gehindert ist, weiterreichende dogmatische Linien zu entwickeln. Mithin sind die Vertragsparteien in der Pflicht. Für den Bereich des Förderungsgebotes kann die EMRK nicht die geeignete Basis sein. Es bedarf daher neuartiger Instrumentarien, die völkerrechtlich absichern, dass jede Sprache ihr individuell notwendiges Schutzniveau erhält:

Neben der EMRK<sup>14</sup> könnte zusätzlich zu anderen Menschenrechtsabkommen insbesondere die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen eine Verbesserung bieten. Das „à la carte-System“ der Verpflichtungen erlaubt auch die Befriedigung des Förderungsgebotes.<sup>15</sup>

---

<sup>12</sup> S. exemplarisch: BVerfGE 1, 65.

<sup>13</sup> Vorschläge zur Aufnahme eines solchen Schutzartikels gab es v. dänischer Seite; s. für die Geschichte des (fehlenden) Minderheitenschutzes in den Verhandlungen zur EMRK Hillgruber/Jestaedt 1994, S. 13ff.

<sup>14</sup> S. für die Bemühungen im Rahmen des Europarates: Spiliopoulou Åkermark 1996, S. 220ff.; für die Bemühungen im Rahmen der UN s. Spiliopoulou Åkermark 1996, S. 119ff., für Bemühungen im Rahmen der OSZE s. Spiliopoulou Åkermark 1996, S. 247ff.

<sup>15</sup> Für eine kritische Betrachtung s. Mancini/De Witte 2008, S. 272.

Eine weitere Möglichkeit, den Minderheitensprachenschutz zu erweitern, besteht im Rahmen der Politik der Europäischen Union. Diese kommt in ihrer Tätigkeit mit 23 Amtssprachen in Berührung; daher besteht die Hoffnung, dass sie für das Problem der Vielsprachigkeit sensibilisiert ist. Insbesondere Art. 22 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union mit seinem Schutzgebot für die sprachliche Vielfalt in der Union gibt Anlass zur Hoffnung.<sup>16</sup> Auch im Rahmen des Europäischen Parlamentes gibt es Bestrebungen in diese Richtung (Stolfo 2009: 32ff.).

---

<sup>16</sup> Für eine Einführung s. De Witte 1992, S. 279.

## Literaturverzeichnis

- Anton, Florian J. 2009: *Staatlichkeit und Demokratisierung in Lettland*, Würzburg: Spektrum Politikwissenschaft.
- Beiter, Klaus Dieter 2006: *The Protection of the Right to Education by International Law*, Leiden: International Studies in Human Rights.
- Beloff, Michael 1987: *Minority Languages and the Law*, in: *Current Legal Problems 1987*, S. 139ff.
- Berman, Nathaniel 1991-1992: *Nationalism Legal and Linguistic: The Teachings of European Jurisprudence*, in: *NYU JILP 1991-1992 (24)*, S. 1515ff.
- De Varennes, Fernand 1996: *Language, Minorities and Human Rights*, The Hague: International Studies in Human Rights.
- De Witte, Bruno 1992: *Surviving in Babel? Language rights and european integration*, in Dinstein, Yoram / Tabory, Mala (eds.): *The Protection of Minorities and Human Rights*, Dordrecht: International Legal Colloquium on the Protection of Minorities and Human Rights, S. 277ff.
- De Zayas, Alfred 1993: *The International Judicial Protection of the Rights of Peoples and Minorities*, in Brölmann, Catherine (eds.): *Peoples and Minorities in International Law*, Dordrecht: Second Amsterdam International Law Conference, S. 253ff.
- Ehala, Martin 2009: *An Evaluation Matrix for Ethnolinguistic Vitality*, in Pertot, Susanna / Priestly, Tom M.S. / Williams, Colin H. (eds.): *Rights, Promotion and Integration Issues for Minority Languages in Europe*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 123ff.
- Grisel, Etienne 1967: *Das Prozeßurteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 9. Februar 1967 über die prozeßhindernde Einrede in den belgischen Sprachenfällen*, in: *ZaöRV 1967 (27)*, S. 693ff.
- Gynther, Päivi 2007: *Beyond systemic discrimination: educational rights, skills acquisition and the case of Roma*, Leiden: Martinus Nijhoff Publishers.

- Henrard, Kristin 2008: A patchwork of 'successful' and 'missed' synergies in the jurisprudence of the ECHR, in Henrard, Kristin / Dunbar, Robert (eds.): *Synergies in Minority Protection*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 314ff.
- Higgins, Noelle 2003: The Right to Equality and Non-Discrimination With Regard to Language, in *Murdoch University Electronic Journal of Law* 2003 (10), Nr. 1;  
<http://www.murdoch.edu.au/elaw/issues/v10n1/higgins101.html>;  
zuletzt besucht am 12.1.2010.
- Hillgruber, Christian / Jestaedt, Matthias 1994: *The European Convention on Human Rights and the Protection of National Minorities*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Khol, Andreas 1970: Zur Diskriminierung im Erziehungswesen – Das Sachurteil vom 23. Juli 1968 in den belgischen Sprachenfällen, in: *ZaöRV* 1970, S. 263ff.
- Mancini, Susanna / De Witte, Bruno 2008: Language Rights as Cultural Rights: A European Perspective, in Francioni, Francesco / Scheinin, Martin (eds.): *Cultural Human Rights*, Leiden: International Studies in Human Rights, S. 247ff.
- Medda-Windischer, Roberta 2003: The European Court of Human Rights and Minority Rights, in: *European Integration* 2003 (25), S. 249ff.
- Patten, Alan / Kymlicka, Will 2003: Language Rights and Political Theory: Context, Issues, and Approaches, in Kymlicka, Will / Patten, Alan (eds.): *Language Rights and Political Theory*, Oxford: Oxford University Press, S. 1ff.
- Pfeil, Beate Sybille 2000: Die Erhaltung von Minderheitensprachen in Europa und das aktuelle Europarat-Instrumentarium, in: *Europa Ethnica* 2000, S. 1ff.

- Ringelheim, Julie 2008: Integrating Cultural Concerns in the Interpretation of General Individual Rights – Lessons from the International Human Rights Case Law, Backgroundpaper, UN Economic and Social Council; Committee on Economic, Social and Cultural Rights, 40. Session, 9.5.2008, Genf, E/C.12/40/4.
- Spiliopoulou Åkermark, Athanasia 1996: Justifications of minority protection in international law, London: Kluwer Law International.
- Stolfo, Marco 2009: Unity in Diversity: The Role of the European Parliament in Promoting Minority Languages in Europe, in Pertot, Susanna / Priestly, Tom M.S. / Williams, Colin H. (eds.): Rights, Promotion and Integration Issues for Minority Languages in Europe, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 32ff.
- Thornberry, Patrick 2002: Treatment of Minority and Indigenous Issues in the European Convention of Human Rights, in Alfredsson, Gudmundur / Stavropoulou, Maria (eds.): Justice Pending: Indigenous Peoples and Other Good Causes – Essays in Honour of Erica-Irene A. Daes, The Hague: The Raoul Wallenberg Institute, S. 137ff.
- Thornberry, Patrick 1991: International Law and the Rights of Minorities, Oxford: Clarendon Press.
- Wildhuber, Luzius 1969/70: Der belgische Sprachenstreit vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, in SchwJiR 1969/70 (26), S. 9ff.
- Williams, Colin H. 2009: Introduction: European Union Enlargement and Citizen Empowerment, in Pertot, Susanna / Priestly, Tom M.S. / Williams, Colin H. (eds.): Rights, Promotion and Integration Issues for Minority Languages in Europe, Basingstoke: Palgrave Macmillan; S. 1ff.

Diskurs der Geopolitik – Diskurs der Sprachlosigkeit?  
Polnisch-Russische Schwierigkeiten

**Norbert Marek**

(RWTH Aachen)

*After joining NATO and the European Union the geopolitical situation of Poland is very different from the period between 1989 und 1999. The political classes in Poland as well as in Russia consider each other with mistrust and historical policy still determines bilateral relations for both sides. Furthermore there are different interests in energy policy and foreign affairs concerning Eastern Europe and the future role of Ukraine and Belarus. However, the tragedy of Smolensk (10.April 2010) seems to have led to a new quality of the political relations between Polish and Russian societies. If this will have a sustainable effect on the political dialogue between Russia and Poland seems still ambivalent.*

*„Die Vergangenheit ist als Subjekt des Stolzes oder der Scham nicht geeignet.*

*Sie sollte lediglich verstanden und bewertet werden.“*

*(Jurij Afansjew)*

## Einleitung

Die polnisch-russischen politischen Beziehungen gelten seit dem Zusammenbruch der bipolaren Ordnungswelt als schwierig und sind lange noch weit von dem Zustand einer guten nachbarschaftlichen Normalität entfernt<sup>17</sup>. Zu groß ist auf der polnischen Seite das Misstrauen gegenüber Russland, welches gelegentlich noch durch außenpolitische und wirtschaftliche Probleme verstärkt wird. Auf der russischen Seite, so stellen viele Beobachter in Mitteleuropa fest, ist knapp zwanzig Jahre nach der „größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ – wie der frühere Präsident Vladimir Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion definiert hat (Rühle 2008) – wieder das Erstarken des imperialen Anspruchs wahrnehmbar, was in der Konsequenz zu steigenden außenpolitischen Unsicherheiten in den mittel- und osteuropäischen Staaten führt. Die Ängste, die Mitteleuropäer vor Russland noch hegen, sind aber mehr durch die Geschichte als durch die tatsächliche außen- und sicherheitspolitische Lage determiniert. Am Beispiel Polen wird im vorliegenden Beitrag dargelegt, inwiefern die Vergangenheit die außenpolitische Positionierung eines mitteleuropäischen Landes determiniert und welche Faktoren dafür verantwortlich gemacht werden können. Das Beispiel Polens ist in zweifacher Hinsicht aufschlussreich: Erstens, weil von den neu in die Union aufgenommenen Ländern Polen das stärkste Interesse an der Ostpolitik zeigt, indem es z. B. auch die Einschließung vor allem der Ukraine und bedingt Georgien in die NATO und eventuell in die EU propagiert. Zweitens hat Polen im Gegensatz zu den baltischen Staaten keine signifikante

---

<sup>17</sup> Für Unterstützung und Kommentare danke ich Pierre F. Weber.

russische Minderheit auf dem eigenen Territorium, die – im Sinne der liberalen Theorien der internationalen Beziehungen – versuchen würde, einen direkten Einfluss auf die außenpolitische Positionierung Polens zu nehmen.

In der Wahrnehmung Moskaus gehört Polen, wie auch die baltischen Staaten, zu der Gruppe der Länder, die konsequent eine antirussische Politik verfolgen, was sich angeblich in einer parteiischen Positionierung in verschiedenen Konflikten ausdrücke – sei es im Konflikt um Gaslieferungen in der Ukraine, im Krieg in Georgien oder, noch früher, in der Auseinandersetzung rund um Tschetschenien (vgl. Gniazdowski 2007: 329–331). Insofern als diese Ereignisse zweifellos die polnische Positionierung gegenüber Russland beeinflusst haben, ist aber noch eine weitere Determinante heranzuziehen, die das polnische Misstrauen gegenüber Moskau gelegentlich unterstreicht, nämlich die Rolle der Geschichte. Im Kontext der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten seit den 1990er Jahren spielt die Deutung der geschichtlichen Ereignisse sowohl für Moskau als auch für Warschau eine wichtige Rolle. Allerdings ist zwischen den beiden Ländern eine unterschiedliche Herangehensweise feststellbar: Polen versteht die geschichtlichen Erfahrungen, die es im Hinblick auf Russland gemacht hat, als eine Orientierung für die jetzige Vorgehensweise. Damit wird in Polen sowohl die außen- und sicherheitspolitische Vorsicht als auch eine starke proamerikanische Positionierung begründet. Russland sieht wiederum in der Geschichte wichtige identitätsstiftende Elemente der eigenen Stärke und betrachtet die Vergangenheit somit als einen realen Ausgangspunkt zur Wiederbelebung der eigenen Großmachtstellung (Eberhardt 2006: 116; Afanasjew 2009). Besonders in Konfliktsituationen werden die Bilder einer *glorreichen* russischen Vergangenheit aktiviert, in welcher Russland einen entscheidenden Einfluss auf die Definierung der außen- und sicherheitspolitischen Lage in Mittel- und Osteuropa ausübte. Einen besonders deutlichen Beweis dafür lieferten die russischen Äußerungen hinsichtlich der Etablierung der amerikanischen Ground-Based Interceptor (GBI) in Polen und



der Radaranlage in Tschechien, ebenso Moskaus Ansinnen, die ukrainischen und georgischen Bemühungen um eine NATO-Mitgliedschaft zu torpedieren (Asmus 2010).

### Drei Bilder der Vergangenheit

Der polnisch-russische Streit um die Deutung der Geschichte wird in der Interpretation der geschichtlichen Ereignisse, die mittlerweile mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegen und aus heutiger Perspektive als beantwortet gelten, sichtbar. Teilweise sind sie im Rahmen der bilateralen polnisch-russischen Kommission zum Gegenstand der Gespräche geworden. Für Irritationen sorgen dabei drei Themen: erstens die Frage der Mitverantwortung Polens für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wie sie Moskau gelegentlich betont; zweitens die Bewertung des Jalta-Abkommens und drittens die Frage nach der Verantwortung der Sowjetunion für den Mord an knapp 14.000 polnischen Offizieren in Katyn.

Die offiziellen russischen Stellen (Außenministerium, Präsidentenumfeld, gelegentlich auch die regierungstreuen Medien) propagieren die Idee der historischen Verantwortung der polnischen Außenpolitik der 1930er Jahre, welche die Ursache für den Beginn des Zweiten Weltkrieges gewesen sei. Demzufolge hätten Polen, die baltischen Staaten und Großbritannien als alliierte Staaten des Dritten Reiches zusammengearbeitet. In diesen Kontext wird von russischer Seite der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934 eingebettet, der die Kooperation zwischen den beiden Staaten einleiten sollte. Im Mittelpunkt dieser Kooperation hätten unter anderem die Annektierung des russischen Teils der Ukraine sowie die allgemeine Zusammenarbeit gegen die Sowjetunion gestanden (Menkiszak; Dubas 2009: 2-4). Die russische Antwort auf die geheime Kooperation zwischen Deutschland und Polen in den 1930er Jahren sei durch den Pakt Ribbentrop-Molotow beendet worden. Nach dieser Logik, wie es etwa der Chef des russischen Präsidentenamtes, Sergej

Naryschkin, behauptete, war die neuerliche Teilung Polens als der einzige Ausweg zu verstehen, die Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Kontinent zu sichern. Diese Behauptungen haben einen fragwürdigen Charakter und sind angesichts der historischen Argumente als nicht stichhaltig einzuordnen. Umso bemerkenswerter ist, dass überhaupt solche Behauptungen auf der Ebene der offiziellen Vertreter des russischen Staates vorgebracht werden.

Der zweite Punkt des geschichtlich motivierten Streits betrifft die Auswertung des Jalta-Abkommens. Für Russland beruht die Interpretation von Jalta lediglich auf der positiven Rolle des sowjetischen Engagements im Kampf gegen das Nazideutschland; entsprechend steht auch die Bewertung der Folgen von Jalta der polnischen bzw. europäischen historischen Perzeption diametral entgegen. Moskau will die Jalta-Konferenz als ein Ergebnis verstehen, auf dessen Grundlage „ein freies, unabhängiges und demokratisches Polen entstehen konnte“, wie es in der offiziellen Stellungnahme der Informations- und Medienabteilung des russischen Außenministeriums formuliert wurde (Gniazdowski 2006: 239).

Die dritte und viel komplexere Problematik konzentriert sich auf die Katyń-Frage. Den historischen Quellen zufolge sind zwischen März und Juni 1940 knapp 14.000 polnische Offiziere und Intellektuelle durch die russische NKWD umgebracht worden. Davon wurden in Katyń circa 4.400 Menschen in den Massengräbern gefunden. Jahrzehntlang stritt der Kreml jegliche Verantwortung für das Massaker ab. Erst im Zuge der politischen Systemtransformation wurde von Michail Gorbatschow und später von Boris Jelzin die sowjetische Mitschuld indirekt bestätigt, allerdings rechtlich nie anerkannt. Russland hat sich bis jetzt jeglichen Klärungsversuchen konsequent widersetzt. Ob dafür die Angst vor den möglichen Entschädigungsforderungen oder politisch motivierte Eitelkeit ausschlaggebend ist, bleibt offen. In der seit 1990 andauernden Untersuchung hat die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft im Jahr 2004 das Verfahren eingestellt, ohne eine rechtliche Einordnung der

Katyń-Massaker vorzunehmen. Außerdem wurde, entgegen früheren politischen Bekundungen der Kooperationsbereitschaft, der polnischen Seite eine Akteneinsicht verweigert. Das oberste Gericht in Russland bestätigte im Januar 2009 die Entscheidung der Moskauer Militärstaatsanwaltschaft. Somit schien für Moskau die Katyń-Problematik und die damit zusammenhängende Verantwortung der sowjetischen politischen Führung für diese Geschehnisse nicht mehr relevant zu sein. Die russisch-polnische Gedenkfeier, an der Ministerpräsidenten Tusk und Putin am 07.04.2010 zusammen teilgenommen haben, signalisierte eine langsame Öffnung Moskaus für einen erneuerten Dialog über Katyns Vergangenheit.

Infolge des tragischen Unfalls in Smolensk (10. April 2010) hat sich in der polnischen Öffentlichkeit die Wahrnehmung Russlands teilweise geändert. Vor allem wurde begonnen, Russland nicht so eindeutig mit der politischen Klasse des Kremls, sondern mit der russischen Gesellschaft im Allgemeinen identifiziert. In Russland selbst begann der Prozess der Reinterpretation der Geschichte. Präsident Medvedev nannte *expressis verbis* Katyn als ein Beispiel der russischen Verfälschung der Geschichte (Medvedev 2010). Wie weit in Russland der Prozess der Auseinandersetzung mit eigener Vergangenheit vorangehen wird, hängt letztendlich davon ab, wie stark die Prozesse der Demokratisierung und Europäisierung in der russischen Gesellschaft und politischen Elite des Landes sind.

### Mit der Geschichte in die Zukunft

Die Tatsache, dass Polen bereits mehrmals mit einer russischen Andersdeutung der Geschichte konfrontiert wurde, erscheint angesichts der steigenden Differenzen im Hinblick auf die Entwicklung der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik problematisch: In Warschau wird vor allem die aktuelle Instrumentalisierung der Geschichte und damit die sich für die Gegenwart ergebenden Implikationen als risikoreich empfunden. So zog der russische

Außenminister Sergej Lawrow im letzten Jahr in einem Gastbeitrag für die „Rossijskaja Gazieta“ Parallelen zwischen der sicherheitspolitischen Situation Ende der 1930er Jahre und der sicherheitspolitischen Situation der Gegenwart: Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sei ein Element des Versagens der westeuropäischen Mächte (Frankreich und Großbritannien) und der einzelnen ostmitteleuropäischen Staaten in Hinblick auf die Etablierung eines umfassenden kollektiven Sicherheitssystems gewesen, das auch die Sowjetunion hätte einbeziehen müssen. Auf die Gegenwart übertragen bedeute dies, dass die Staaten der NATO/EU die Position Russlands nicht ignorieren sollten und dass vielmehr ein Sicherheitssystem zu etablieren sei, das Russland und russische Interessen berücksichtigen würde (Lawrow 2009a). In Polen wurde dies dergestalt interpretiert, dass die Umsetzung einer solchen Forderung praktisch eine Anerkennung ausschließlich russischer Einflüsse in den früheren Staaten der Sowjetunion zur Folge haben würde; Ostmitteleuropa wiederum müsste dann als „demilitarisierte Sphäre“ etabliert werden. In entsprechender Logik ist auch der russische Widerspruch gegen die amerikanische Stationierung der GBI in Polen und der Radaranlage in der Tschechischen Republik zu verstehen: Russland beansprucht für sich das Recht auf Mitentscheidung über die sicherheitspolitischen Schritte der jeweiligen Länder. Damit verfolgt es den bereits Anfang der 1990er Jahre erhobenen politischen Einspruch gegen die „Ausdehnung“ des westeuropäischen Sicherheitssystems, das vor allem mit der NATO assoziiert wurde. Im damaligen Kontext, wie es gelegentlich auch aktuell die russischen Offiziellen zum Ausdruck bringen, wurde von Moskau die Frage der polnischen Mitgliedschaft in der NATO sehr kritisch bewertet. Zum Teil war dies durch die russische Wahrnehmung der NATO in der Feind-Kategorie bedingt, zum Teil auch durch die Behauptung, dass Polen – wie auch die anderen früheren Staaten des sowjetischen Blocks – unter die russische Einflussdomäne falle. Damit wurde das Recht auf eine souveräne Mitbestimmung der mittel- und osteuropäischen Staaten informell nicht anerkannt. Der Lawrow'schen Logik

zufolge haben die NATO-Staaten bereits in den 1990er Jahren einen schwerwiegenden Fehler begangen, wie Lawrow im Juni 2009 in der Sitzung der OSZE darlegte. Die NATO-Staaten hätten den Weg einer sicherheitspolitischen Expansion statt einer kollektiven Sicherheitskooperation gewählt und somit die russische Interessensphäre in Osteuropa signifikant beschnitten (Lawrow 2009b). In diesem Kontext ist ersichtlich, dass mit einem Widerstand vor allem der baltischen Staaten und Polens gegen ein solches von Moskau favorisiertes Modell des „kollektiven Sicherheitssystems“, in dem Moskau die Stellung eines „*co-chairman of the Western club*“ (Kagan 2008: 17) annehmen würde, zu rechnen ist.

### It's the geopolitic, stupid?

Für die politischen Akteure in Warschau stellt sich in Hinblick auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen Moskau und Warschau eine wichtige – wenngleich indirekte – Frage: Welche Bedeutung hat die Geschichte in der Definierung der bilateralen Beziehungen? Es ist nicht überraschend, dass die Bewertung je nach politischem Standort unterschiedlich ausfällt: Die konservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) würde vor allem den historisch motivierten Pfad in der Beziehung zwischen Moskau und Warschau fortsetzen, was aber in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung (2005–2007) zur Sprachlosigkeit zwischen den beiden Staaten geführt hat. Die Bürgerplattform (PO) mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Donald Tusk (seit 2007) versucht das Verhältnis mit Moskau vor allem pragmatisch zu gestalten; allerdings wurde bis jetzt kein endgültiger *modus operandi* gefunden, sodass man lediglich vor einer punktuellen wirtschaftlichen und nicht politisch motivierten Kooperation sprechen kann. Lawrow schlug Warschau kurz nach der neuerlichen Verstimmung im Kontext des russisch-georgischen Konflikts vor, die pragmatische Seite zu betonen, allerdings unter Verzicht auf „Einmischung“ in Fragen der Demokratieentwicklung und -konsolidierung in

den postsowjetischen Republiken und Ausblendung der historischen Implikationen (vgl. Lawrow 2008). Damit wird impliziert, dass Polen sein Engagement im postsowjetischen Raum einschränken soll. Dies widerspricht aber den bisher definierten geopolitischen Interessen Warschaus, in der die Frage der demokratischen Konsolidierung und wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine sowie, in langfristiger Perspektive, der Demokratisierung Weißrusslands von höchster Relevanz bleibt. Die aktive Mitgestaltung der östlichen EU-Politik durch Warschau (schwedisch-polnische Initiative „Östliche Partnerschaft“ und die Betonung einer aktiven östlichen Nachbarschaftspolitik) verweist auf die bestehenden strukturellen Interessendivergenzen zwischen Moskau und Warschau (Eberhardt 2008: 142 f.).

Der Komplex der widersprüchlichen Interessen betrifft die außenpolitische Orientierung der Ukraine sowie die innenpolitischen Demokratisierungstendenzen innerhalb der früheren sowjetischen Republiken (besonders der Ukraine, Weißrusslands, Moldawiens). Die russische Vision der Ukraine unterscheidet sich diametral von der polnischen Vorstellung, indem Moskau die Ukraine als einen „immanenten Teil der russischen Zivilisation“ betrachtet (Piekło 2009: 6), für dessen Erhaltung jegliche Mittel – so wie seit geraumer Zeit die jeden Winter wiederkehrende Drohung mit Abbruch der Gaslieferungen – berechtigt erscheinen. Daher war es auch nicht verwunderlich, dass Russlands unmittelbare Reaktion auf den Sieg der Befürworter der *Orangen Revolution* eine Verdreifachung des Gaspreises war und gleichzeitig sämtliche Öllieferungen aus Kasachstan in die Ukraine unterbunden wurden (Khanna 2008: 61).

## Von der Geopolitik zur Geoökonomik

Zusätzlich werden die polnisch-russischen Differenzen durch die wirtschaftlichen Streitigkeiten verstärkt. In der polnischen Wahrnehmung handelt es sich hier um einen stellvertretenden Krieg, der bezweckt, das Image

Polens innerhalb der europäischen Gemeinschaft zu zermürben und die polnische Außenpolitik, wie auch die der baltischen Staaten, als antirussisch zu deklarieren (vgl. Eberhardt 2008). So hatte Moskau im November 2005 Sanktionen gegen die Lieferung polnischer Lebensmittel und landwirtschaftlicher Produkte (überwiegend Fleisch und verarbeitetes Fleisch) verhängt. Die Sanktionen sollten eine disziplinierende Diskriminierungsmaßnahme infolge des polnischen Engagements während der *Orangen Revolution* in der Ukraine darstellen. Trotz der polnischen Bemühungen, den Fall bilateral zu klären, wurde knapp ein Jahr nach den erfolglosen Verhandlungen mit Moskau von polnischer Seite Brüssel eingeschaltet. Die Kontrolle der Europäischen Union stellte keine Unregelmäßigkeiten auf polnischer Seite fest, was dem Fall zusätzliche Brisanz verlieh. Gleichzeitig, um ein zusätzliches Druckmittel gegen Moskau zu haben, blockierte Polen weitere Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Moskau, die das bisherige Abkommen über Partnerschaft und Kooperation ersetzen sollten, was Russland als Geiselhafte der EU durch polnische Politik brandmarkte (vgl. Volkery; Weiland 2007). Die Blockade wurde erst nach erfolgreicher Brüsseler Vermittlung, der eine Solidarität der Gemeinschaft mit dem polnischen Anliegen vorausgegangen war, von der Tusk-Regierung aufgehoben. Aus heutiger Perspektive kann man – in wirtschaftlicher Hinsicht – den Konflikt um das Fleischembargo als belanglos betrachten: Während im Jahr 2005 die Verluste aufgrund der russischen Sanktionen noch auf knapp 8 % der Gesamtsumme der polnischen Russland-Exporte geschätzt wurden, was der Summe von knapp 300 Mio. USD entsprach, stellte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 heraus, dass die tatsächlichen Verluste weniger als 1 % der Exportwerte ausmachten und lediglich 22 Mio. USD betrug. Die Erklärung dafür lag einerseits in der Umkehrung der Handelsströme, andererseits in der Änderung des Exportcharakters: Statt verarbeitete Fleischprodukte zu liefern, setzten die polnischen Produzenten verstärkt auf direkten Tierexport (Eberhardt 2007: 140-143).

Ein weiterer polnisch-russischer Dissensbereich konzentriert sich auf die Energiepolitik. Polen hat ein generelles Problem mit den russischen Plänen, bei der Gaslieferung auf die Transitleistungen auf polnischer, weißrussischer und ukrainischer Seite zu verzichten und alternativ einen direkten Gastransfer über die Nord-Stream-Pipeline nach Deutschland und in andere westeuropäische Staaten zu ermöglichen. Das deutsch-russische Vorhaben, für dessen Planung in der Anfangszeit weder Polen noch die baltischen Staaten konsultiert wurden, erlangte in der Wahrnehmung der mittel- und osteuropäischen Entscheidungsträger einen expliziten antisolidarischen Charakter – was das Vorgehen der involvierten EU-Staaten, vor allem aber Deutschlands betraf. Während Warschau zunächst vor allem politische Argumente gegen das Nord-Stream-Projekt zu forcieren versuchte, gab es diese im Laufe der Zeit zugunsten ökologischer und wirtschaftlicher Bedenken auf. Den in den polnischen Medien gelegentlich diskutierten Versuch, eine Koalition bestehend aus baltischen und skandinavischen Staaten zu schmieden und das Projekt zu torpedieren, hat Warschau diplomatisch nicht verwirklicht. Parallel zur Diskussion über den Bau der russisch-deutschen Pipeline kam es im Verlauf der Jahre 2007 und 2008 zu einer weiteren wirtschaftlichen Auseinandersetzung: In den Verhandlungen zwischen Polen und Russland um die Transitgebühren für Gaslieferungen hatte die russische Seite auf eine Erhöhung der Stimmenrechte für das polnisch-russische Unternehmen EuRoPolGaz gepocht (EuRoPolGaz ist für die Gaslieferung im polnischen Abschnitt für Jamal-Europa Pipeline verantwortlich). Dieser Konflikt zwischen der russischen Gazprom und der polnischen PGNiG hatte aber keinen finanziellen Charakter, sondern diente Moskau als weiteres Argument für den Bau der Nord-Stream-Pipeline (Eberhardt 2008: 159). Interessant ist im energiepolitischen Bereich der umstrittene polnische Versuch, die litauische Ö raffinerie Mažeikių Nafta durch den vom Warschauer Finanzministerium teilweise kontrollierten polnischen Ölkonzern PKN Orlen zu übernehmen. Hauptargument für den Kauf war die angestrebte Limitierung der russischen Expansion im mitteleuropäischen



Energiesektor. Nach Übernahme der litauischen Raffinerie durch einen russischen Akteur hätten die russischen Investoren einen signifikanten Einfluss auf den polnischen Energiesektor gehabt. Am Erwerb der litauischen Ölraffinerie waren ursprünglich die russischen Ölkonzerne TNK-BP und Lukoil interessiert, während der litauische Staat ein Interesse an einem nichtrussischen Investor hatte. Im Moment der Übernahme der litauischen Ölraffinerie durch die polnische Orlen stellte der staatliche russische Betreiber Transneft die Öllieferungen an Mažeikių Nafta ein. Als offizielle Erklärung für den Vertragsbruch nannte Transneft technische Schwierigkeiten, die aber über mehrere Monate hinweg nicht behoben wurden, was auf eine politisch motivierte Maßnahme schließen lässt (Eberhardt 2007: 143). Kurz nach der Übernahme der Ölraffinerie durch den polnischen Konzern kam es zudem zu einem gigantischen Brand. Zwar spekulierten polnische und litauische Medien über die Beteiligung russischer Geheimdienste; anhand konkreter Anhaltspunkte bestätigt werden konnte diese Vermutung jedoch nicht. Erwähnenswert ist aber, dass noch einige Stunden vor dem Brand in Mažeikių der Stellvertreter des außenpolitischen Ausschusses der Duma, Konstantin Kosaczow, bei seinem Besuch in Vilnius den litauischen Gesprächspartner davor warnte, dass der Verkauf der Ölraffinerie an den polnischen Investor „ein ernsthafter wirtschaftlicher Fehler [sei], der in der Zukunft in einem unstablen Funktionieren des Unternehmens fruchtet“ (Jabłońska 2006: 46). Im November 2007 wurden in den Büroräumen des stellvertretenden Mažeikių-Nafta-Direktors Albert Gimbutas, der 2005/2006 für die Verhandlungen mit den an der Übernahme interessierten Investoren verantwortlich war, Abhörwanzen russischer Herkunft gefunden. Allerdings wurden die diesbezüglichen Pressemeldungen von den litauischen Behörden wie auch von dem polnischen Konzern unkommentiert gelassen (PAP 2008).

## Fazit

Die Beziehungen zwischen Polen und Russland sind durch Sprach- und Konzeptionslosigkeit gekennzeichnet. Die Geschichtsbetrachtung wie auch ökonomisch geleitete Krisen werden stellvertretend als kleine politische und diplomatische Kriege ausgetragen, an deren Ende lediglich Verlierer zu identifizieren sind. Zwar mag die Vergangenheit samt ihrer differenzierten Interpretation eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung bilateraler Beziehungen spielen; es ist aber zu bezweifeln, dass sie eine wirkliche Plattform für den Abbau von Vorurteilen darstellt. Als die neue liberal-konservative Tusk-Regierung einen Wandel der Außenpolitik, auch im Hinblick auf Russland, zur politischen Priorität deklarierte, berücksichtigte sie einen wichtigen Faktor nicht: Russlands neues Selbstverständnis, in dem die Reminiszenz an die einstige sowjetische Machtstellung für die jetzigen Entscheidungsträger im Kreml weiterhin eine wichtige Rolle spielt und ihnen gleichzeitig als signifikanter Orientierungspunkt für die weitere russische Positionierung in der globalen Politik dient. Das Moskauer Festhalten an der symbolträchtigen Begrifflichkeit, Russland als „Weltmacht“ zu präsentieren, erlaubt keine innen- und außenpolitische Infragestellung der fragwürdigen Bestandteile der eigenen Identität. Daher bleibt die *einzigartige* Interpretation der Geschichte aus Moskauer Sicht nachvollziehbar – historisch und politisch verwendbar ist sie jedoch nicht.

Der Zusammenprall der unterschiedlichen Interpretationen der Vergangenheit wird durch den außenpolitischen Wettbewerb um demokratische Leitbilder in der Ukraine verstärkt. Bis jetzt hatte Moskau die polnischen Bestrebungen hinsichtlich der Demokratisierung und politischen Konsolidierung in Osteuropa (Ukraine, gelegentlich Weißrussland) als eine direkte Einmischung Polens in die Angelegenheiten des russischen „näheren Auslands“ betrachtet. Die EU-Initiative „Östliche Partnerschaft“, an deren Entstehung Polen wesentlich mitgewirkt hat, verschafft Polen eine zusätzliche

Legitimität für die Fortsetzung einer aktiven Ostpolitik, die aber relativ schnell als Konkurrenz um den Einfluss im Osten interpretiert werden kann.

Der tragische Flugzeugunfall in Smolensk hat zweifelsohne einen emotionalen Annäherungsprozess zwischen Russland und Polen in Gang gesetzt. Erstens wurde in Russland die Frage nach der sowjetischen Verantwortung für das Massaker in Katyn offen und frei von jeglicher Ideologisierung gestellt. Zweitens wurde das Bild Russlands in der polnischen Öffentlichkeit einem Perzeptionswandel unterzogen. Ob diese emotionale Änderung eine qualitative Korrektur der polnisch-russischen Beziehungen mit sich bringt, ist noch zu früh zu beantworten. Ein wichtiges determinierendes Element wird sicherlich der Ausgang der polnischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2010 sein. Sollte Jarosław Kaczyński, der sich in Medien als der Testamentsvollstrecker der Politik seines verstorbenen Zwillingsbruders Lech hochstilisiert, die Wahl für sich entscheiden, ist mit weiterer Polarisierung und Instrumentalisierung der polnischen Außenpolitik hinsichtlich Russlands zu rechnen.

## Literaturverzeichnis

- Asmus, D. Ronald 2010: *A Little War That Shook the World. Georgia, Russia, and the Future of the West*, New York: Palgrave Macmillan
- Afanasjew, Jurij 2009: *Kamienna Rosja, martwy lud* [= Steiniges Russland, abgestorbenes Volk], in: *Gazeta Wyborcza*, 26.01.2009.
- Eberhardt, Adam 2006: *Stosunki Polski z Rosją* [= Beziehungen Polens mit Russland], in: *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej* 1, S. 114-129.
- Eberhardt, Adam 2007: *Stosunki Polski z Rosją* [=Beziehungen Polens mit Russland], in: *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej* 1, S. 133-145.
- Eberhardt, Adam 2008: *Polityka Polski wobec Rosji* [= Polnische Politik gegenüber Russland], in: *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej* 1, S. 142-162.
- Gniazdowski, Mateusz 2007: *Polska polityka zagraniczna w krajowej publicystyce prasowej*, in: *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej* 01, S. 311-307.
- Gniazdowski, Mateusz 2006: *Kwestie historyczne w polskiej polityce zagranicznej* [= Die historischen Fragenkomplexe in der polnischen Außenpolitik], in: *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej* 1, S. 234-257.
- Jabłońska, Agata 2006: *Nikomiu nie zależy na ujawnieniu przyczyn pożaru w rafinerii w Możejkach* [=Niemand will Brandursache in Możejkis Ölraffinerie aufdecken], in: *Wprost* 43, S. 46.
- Kagan, Robert 2008: *The Return of History and the End of Dreams*, London: Atlantic Books
- Khanna, Parag 2008: *Der Kampf um die zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*, Berlin: Berlin Verlag.
- Lawrow, Sergej 2008: *Bierzcie przykład z Rosji i uznajcie realia* [Nehmt euch an Russland ein Beispiel und erkennt die Realität], in: *Gazeta Wyborcza*, 10.09.2008.

- Lawrow, Sergej 2009a: Статья Министра иностранных дел России С.В.Лаврова „Трагедия Второй мировой“: кто виноват? [= Artikel des russischen Außenministers S.W. Lawrow: „Die Tragödie des Zweiten Weltkriegs“: Wer ist schuldig?], in: Российская газета, 1.09.2009, <http://www.ambasadarusije.org.rs/ru/pr/09/016.php> (Zugriff am 2.11.2009).
- Lawrow, Sergej 2009b: Statement by Mr. Sergey Lavrov, Minister for Foreign Affairs of the Russian Federation, at the opening Session of the OSCE Annual Security Review Conference, Vienna 23 June 2009, in: [http://www.osce.org/documents/cio/2009/06/38332\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/cio/2009/06/38332_en.pdf) (Zugriff am 2.11.2009).
- Medvedev, Dmitry (2010): Interview given to Izvestia Newspaper, in: <http://eng.kremlin.ru/speeches> (Zugriff am 10.05.2010).
- Menkiszak, Marek; Dubas, Agata 2009: Rosyjska kampania historyczna [= Russische Kampagne zur Geschichtsschreibung], in: Tydzień na Wschodzie, Biuletyn Analityczny OSW, 103 (2009) 28, 2-4.
- PAP (18.01.2008) : Możejki były na podsłuchu [=Możejki wurden abgehört], in: Gazeta Wyborcza <http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80708,4848390.html>
- Piekło, Jan 2009: Rosja w kryzysie a sen o imperium – polska perspektywa [= Russland in der Krise und der Traum vom Imperium – polnische Perspektive], in: Analizy i Opinie 95/2009, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, <http://www.isp.org.pl/> (Zugriff am 2.11.2009).
- Rühle, Hans 2008: Russland ist nicht unverzichtbar, in: Die Welt vom 13.10.2008.
- Volkery, Carsten; Weiland, Severin 2007: Besuch bei Väterchen Frust, in: Der Spiegel vom 16.05.2007; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,483265,00.html>

## Temporary Workforce Migration in Harghita County

**Katalin Péter**

(Sapientia University)

*Workforce migration is more than the roaming of workforce from one geographical point to another generated by higher wages, but it also represents the continuous establishment and usage of social networks. Through these networks, guest work guarantees a great amount of cheap workforce for the capital and also gives to employees the opportunity for economic growth and to maintain an existence.*

*The migration waves that follow each other reduce the costs of the next migration wave. This is the reason why more and more people start out, more people are being taken into this network of relationship, that might generate new cost reduction, motivating others. The goal of my research was to study those Romanian citizens coming from Harghita County, who were determined to work abroad on a temporary basis. I was interested in the living environment of these people, the destination of the migration, the activity undertaken abroad and as well as their jobs after getting back.*

## Questionnaire-based research

In my research I have studied individuals returning from guest works to Romania and who live in Harghita County. The interviewed persons were found with the help of the „snowball” method. I managed to interview persons from every layer of society, from all employment fields typical to this region.

With the help of the SPSS application I have processed 100 questionnaires filled out in 2009. Further on I am referring to these data. If we compare Harghita County’s employees with their activity before the emigration, we can conclude that my pattern is representative. 38% of the interviewed persons went abroad after 2007, 29% between 2004 and 2006, 11% between 2001 and 2003 and only 22% in the years prior to 2000. The great majority of my subjects were looking for foreign work opportunities exclusively in an organized form through established networks. Henceforth I am going to analyze in details the answers given to the questionnaire.

## Analyzing the questionnaires

### *Size of families:*

48% of the subjects come from families with 4-6 family members, 40% from families with 1-3 members and only 3% from families with 7-8 members, while 9% come from families with more than 8 members. Among those who migrated from villages, 31% came from small families, 33% from families with 4-6 members, while in the case of the urbanites, 15% came from families with 4-6 members and 9% of them lived in small families. 19% of those people who come from small families spent their money on buying a home and also on house refurbishment, while among those who come from families with 4-6 member 21% had the same expenses.

*Emigrant's gender*

According to the research, in case of foreign employment men represent a majority. 84% of the subjects were men and only 16% women. While before the migration 36,9% of men worked in agriculture and 31% were industrial workers, 25% of women worked in commerce, 18,8% in agriculture and only 6% were industrial workers. In case of intellectual workers 92,9% of those who undertook foreign guest work were men and only 7,1% women, while among students only boys migrated. In case of pensioners 66,7% were men, however in case of unemployed people only women were adventurous. Most women were from towns (75%), while the great majority of men came from villages. It is interesting to see that in the group with people under the age of 25, 87,3% were men and only 12,7% women, while in case of people with the age of 31-35, 75% were women and only 25% men. In case of elderly people (older than 51 years) men and women undertook overseas jobs in equal proportions.

*The migrant's age*

As it can be presumed, young people's adventurousness is obvious, since 63% of the people interviewed are from age group, while other age groups are typically underrepresented in case of this questionnaire. Before undertaking external guest works, subjects from the youngest age group worked in the field of agriculture in 38,1%, 17,5% were engaged in some intellectual work, 15,9% in industry, 9,5% worked in commerce and 1,6% were students. Members of the 26-30 age group migrated mostly with industrial experience in 66,7% and with agricultural experience in 13,3%. Subjects with the age of 31-35 started with the most disappointing experiences, as at the time of migration 50% of them were unemployed and the others were agricultural workers. 45% of the subjects between 36-40 years of age worked in agriculture and 27% in industry. At the time of the questionnaire 18,2% of the subjects in this age group were unemployed. Before undertaking external jobs, 60% of the subjects from the age group of 41-45 year olds worked in the industrial field, 20% were agricultural



workers and 20% were engaged in some intellectual work. The great majority of the ones questioned above 51 years of age were retired.

There is a significant connection between the age group of employees and their residence. Young people came mostly from villages while older people mainly from towns. There is a significant connection between the age group of the employees and the destination of their migration. Young people would go preferably to the rural area and older people tend to go to towns, if possible.

#### *The year of migration*

38% of the interviewed went abroad after 2007, 29% between 2004 and 2006, 11% between 2001 and 2003 and only 22% in the years prior to 2000. By analyzing the cross table we can conclude that people coming from villages started up more easily (69%), before 2000 emigrated mostly men (95%) and women only after 2001. We can also point out that before 2000 mostly individuals from families with less than 6 members (78,8%) undertook external jobs. Comparing the individuals who started out from very big families with the years of migration, it is obvious that - coming from families with over 8 persons - one's willingness for guest work was the highest in the years prior to 2000.

#### *Activity before migration*

Before undertaking external guest works, 34% from the questioned ones worked in agriculture, 27% in industrial activity, 14% were engaged in intellectual work, 10% were wage-workers, 7% worked in commerce, 4% were unemployed, 3% retired, while students represented only 1%. Before the year 2000 taking into consideration the activities previous to migration the majority of emigrants worked in industry (36,4%), agriculture (31,8%), had intellectual profession (13,6%), as well as 100% of the students, which is evanescent in the pattern (4,5%). 66,7% of the retired started undertaking external jobs in the same time interval that was also induced by the changes brought to the pension

law, referring to earlier retirement. Later on, between 2004 and 2006, 33,3% of the adventurous pensioners sought opportunity to work abroad. 42,9% of the ones having an intellectual profession left the country in this time interval, while 21,4% left after 2007. Due to the economic changes between 2004 and 2006, 80% of the wage-workers tried to earn a subsistence income abroad, while 63% of the questioned industrial workers left after 2007. Thanks to the relatively high rate of unemployment 100% of the jobless tried to settle down abroad after 2007.

*Destination of the migration*

35% of the interviewed went to towns, while 65% to villages. It is clear from the cross table analysis that there is a close connection between the starting place and the destination. In the course of undertaking jobs abroad 80% of the villagers tried to settle down in villages and 51,4% of the urbanites in towns. 76,2% of the subjects younger than 25, 60% of the 26-30 age group, 54% of the 36-40 age group and 40% of the 41-45 age group tried to get jobs in villages, and on the contrary subjects between ages 31-35 and above 51 tried to work exclusively in towns.

Furthermore, looking at the cross table analysis it is evident that 88,2% of those working in agriculture, 100% of the wage workers, as well as 71,4% of those having an intellectual profession before the migration marked villages as their future working destination. Students and pensioners had worked in towns. There is a significant connection between the gender of those determined to work abroad and the migration's destination. Women tend to choose towns for their working place, men go preferably to villages. There is also a connection between one's residence and the migration's destination. Villagers try to get jobs rather in villages and urbanites try to settle mostly in towns.

*Organizing the migration*

To the question if they have chosen an organized form for planning their migration 82% answered positively and only 18% gave a negative answer. 71% of men and 68,8% of women sought working opportunity abroad in an organized manner. The lower percentage of women refers to the fact that they often went after a family member that was already there. 82,5% of young people under 25, 73,3% of the 26-30 age group, 50% of the 31-35 age group, 100% of the 36-45 age group, as well as above 51, also favored the organized form. 30% of agricultural workers, 74,1% of industrial workers, 71,4% of commerce workers, 85,7% of the ones with intellectual professions, 100% of the students and wage workers deliberately planned their work abroad and had chosen an organized form for the migration. There is a significant connection between the number of the family members and the safety of the migration. Those who were coming from a bigger family chose an unorganized form for their work abroad.

*The job undertaken abroad*

During their work abroad 36% were wage workers, 44% worked in agriculture, 15% in industry and 3% in commerce. There were only 2% with intellectual profession. Based on the cross table analysis, comparing the activities previous to the migration with the ones undertaken during the guest work we can see that 100% of wage workers undertook jobs in agriculture. 61,8% of those who worked in the field of agriculture at home also undertook jobs in agriculture, 32,4% were wage workers during their stay abroad, while 5% were undertaking industrial work. 48,1% of those who were industrial workers at home became industrial workers, 3,7% undertook jobs in agriculture, 40,7% became wage workers and 7,4% were engaged in some intellectual profession. 71,4% of those who worked in commerce at home undertook jobs in agriculture, 14,3% were engaged in intellectual professions and only 14,3% could settle in the commercial sector. It is interesting that from those who had an intellectual

profession at home, only 7,1% were employed in the same field abroad, while 57,1% became wage workers and 35,7% worked in agriculture. 100% of students were employed in agriculture, while only 33,3% of pensioners worked in agriculture and 66,7% were wage workers. 100% of the unemployed worked abroad as wage workers.

*Duration of work abroad*

19% of the questioned had spent 1-2 months, 38% between 3-6 months. 18% of the interviewed undertook work abroad for more than 6 months: 7-12 months, 19% for 1-2 years and only 6% for several years. Several years of work abroad were undertaken by the 13,6 % of the agricultural workers. 100% of the commercial workers undertook 1-2 years of guest work. 40% of the industrial workers, 11,4% of the agricultural workers and 50% of those having an intellectual profession spent the same period of time abroad. 20,5% of the agricultural workers and 33,3% of the industrial workers were employed less than a year abroad, between 7 and 12 months. 50% of those having an intellectual profession, 45,5% of the agricultural workers, 36,1% of the wage workers, as well as 26,7% of the industrial workers were employed as guest workers abroad for less than 6 months. The size of the emissive family is decisive in spending time as an employee abroad.

From the detailed analysis of the questionnaire it excels that half of the subjects older than 51 spent 1-2 months and the other half 1-2 years. From the 41-45 age group 40% spent 1-2 years, 40% spent 7-12 months and only 20% spent 1-2 months. 90% of the 36-40 aged preferred the less than one year period, while members of the 26-30 age group had chosen the period destined for guest work roughly proportionately except for the contracts for several years. The young people's category under the age of 25 was the only one to sign contracts for several years, without any difficulties, however most of them, 46% undertook the job offers of 3-6 months, 15,9% of 1-2 months and 15,9% of 1-2 years.

*Type of migration*

65% of the subjects applied for seasonal jobs, 33% for permanent jobs and 2% for definitive ones. Every single person from the sample has returned home. By analyzing the cross table it is obvious that the venturesome and those who wanted to leave permanently were exclusively the young ones, under the age of 25. 70,8% of the ones applying for seasonal jobs and 45,5% of people searching for permanent jobs also came from the youngest group of age. 60% of members of the 26-30 group of age like seasonal jobs, while 40% like contractual jobs. 50%-50% of subjects between the age 31-35 chose permanent and seasonal jobs, 45,5%-54,5% of those between 36-40 decided for permanent and seasonal jobs, while 50%-50% of people above 51 also chose permanent and seasonal jobs.

50%-50% of those who started off for permanent work settled in agriculture and commerce. 53,8% of those who applied for seasonal jobs settled in agriculture, 40% undertook wage work and 6,2% settled in industry. 33,3% of those who applied for permanent jobs signed contracts in the field of industrial activity, respectively 24,2% in agricultural activity and 6,1%-6,1% undertook commercial or intellectual jobs. It's not irrelevant that 30,3% of those who left with the intention to find permanent jobs, signed contracts for wage work.

The type of the job undertaken had been intensely determined by the size of the family left behind. Employees coming from big families - over 8 family members - undertook exclusively permanent jobs, signing permanent employment contracts, while those coming from families with 7-8 members undertook exclusively seasonal work. 68,8% of employees coming from families with 4-6 members undertook seasonal work and 31,2% permanent jobs. Only members from small (1-3 members) families signed permanent employment contracts, 72,5% of them preferred seasonal work and 22,5% permanent jobs.

*Activity after getting back*

After returning from guest work 32% started wage work, 18% intellectual activity. 18% settled in commerce, 14% in industry and only 13% in agriculture. Furthermore 4% were unemployed and 1% pensioner. Analyzing the cross table of the questionnaires we can conclude that 92,3% of those who worked in agriculture after coming back were undertaking agricultural jobs abroad as well. 78,6% of those who started industrial activity at home had also been working in industry abroad, 72,2% of those who worked in commerce before the migration worked in agriculture and 22,2 % were wage workers abroad. 11,1% of the ones with intellectual professions had an intellectual activity and 72,2 % were wage workers. 100% of the pensioners worked in agriculture abroad. 11,1% of people who were wage workers overseas became unemployed at home.

## Summary

It is interesting to compare the activities before and after the migration. We are again looking at the cross table for getting a review. After getting home, 100% of those who worked in industry, pensioners and the unemployed continued the same activities they had before the migration. Among those who worked in agriculture after getting home, before the migration 92,3% worked in agriculture and 7,7% had an intellectual profession. 78,6% of people having intellectual professions with a university degree at home, after the expiration of their contracts abroad also had intellectual activities, 14,3% worked in commerce and 7,1% in agriculture. 57,1%, of those who migrated from commercial activities, started working in commerce, 28,6% were wage workers and 14,3% started intellectual activities after getting back. The activity before the migration has a significant connection with the activity after getting back.

## Bibliography

- Alejandro Portes / Böröcz József 2001: *Keserű kenyér: a munkaező nemzetközi migrációjának szociológiai problémái*. In *A migráció szociológiája*, Szociális és Családügyi Minisztérium, Budapest.
- Băcescu, Marius, 2000: *Macroeconomie și politici macroeconomice*, Bucharest: All Educational Press.
- Gavrilescu, Dinu / Giurcă, Daniela 2000: *Economie agroalimentară*, București: Expert Press.
- Huidumac, Cătălin 2002: *Introducere în studiul economiei de piață*, București: All Educational Press.
- Ministerul Agriculturii și Dezvoltării Rurale: *Programul Național de Dezvoltare Rurală, 2007 – 2013 (National Rural Development Program 2007-2013)*.
- Oancea, Margareta 2007: *Managementul Gestiunea Economică și Strategia Unităților Agricole*, Bucharest: Ceres Press.
- Péter, E. Katalin 2008: *The economic impact of international migration*, In: *A Falu*, Budapest: Agroinfo Press, pp. 87-93.
- Țigănescu, Ioan-Eugen / Roman, Mihai-Daniel, 2005: *Macroeconomie*, Bucharest: Economică Press.
- Zahariu, Letiția 2004: *Politici și Piețe Agricole, Reforma și Integrarea Europeană*, Bucharest: Ceres Press.

## Students' Opinion about Teamwork - Eastern versus Western Europe in Comparative Perspective

**Andrea Bencsik**

(Széchenyi István University)

*Information about markets, products, processes or competitors overgrow enterprises. A manager taking future seriously has to react to this information. Most companies realize there is no future without human knowledge. Although these managers do not fully understand how they can share, keep and improve the acquired knowledge. The object of knowledge management is to create an organizational knowledge basis and to lead or control it. Furthermore it is needed to form a learning organizational culture. Operating a learning organization and a knowledge management system has to mobilize shared or tacit knowledge in organization via organisational teams. As teams consist of individuals their knowledge and capability of learning can be summarized in results of team performance. Therefore higher education has a very important task to prepare students for teamwork which is used frequently in organizations. It can be realized if students are accustomed to this knowledge sharing behaviour.*



## Introduction

Realization of importance and extreme handling of knowledge are the same age as the history of humanity (for example: respect for shamans, magicians, priests, teachers, curatives, later scientists, etc.). Endeavour to share, integrate, produce knowledge is very old (council of the elderly, relationship between masters – students, etc.). New things which are different from earlier ones are methods of knowledge sharing, knowledge integration. They become complete by the support of information technology. The latter one is not so old, it origins from the second part of the 1990s. In the background of their strengthening globalization and requirements of the globalized economy can be found (Davenport 1996).

Knowledge management has become a tool of increasing organizational competitiveness by the conscious and system level handling of knowledge. Its

- aim is the development of business,
- prerequisite is to operate all the value chains of HR (recruitment, selection, performance management, teaching/learning, knowledge sharing, knowledge integration, motivation, reduction),
- natural structure is a network,
- basis of their existence is partnership,
- technical background of their operation is information technology.

Why do we have to manage knowledge? Due to the fact that intellectual capital has been in the foreground of organizational statements in the last period. However, it is clear that knowledge can be difficult to account for, its importance is indisputable. The more companies can keep and exploit their employees' knowledge, the more they will be able to reach a business success. Sadly, companies do not know much about their knowledge. It can be found in a lot of divisions (departments, workshops, industrial units, etc.), it is dissipated and cannot reach every employee. Therefore companies have to discover their

knowledge again and again, they have to find solutions which have already been born in another unit. Knowledge can become an organizational power which means advance in business life if they can bring it to light, integrate, make well-known, apply and knowledge can reach everybody. This power belongs to organizations but not to individuals.

According to classical interpretation management of human knowledge means every activity which has an aim: to make use of accumulated implicit knowledge, to collect it, to systemize it, to share and to improve it. This definition determines a circle of activities which can be defined as a progress, development, cyclic process (Davenport 1996). This process consists of the following steps:

To determine the aims of knowledge - create and identify knowledge, acquire knowledge, improve knowledge, share knowledge, utilize knowledge, fix knowledge, control knowledge, create new knowledge - and go back to the beginning of circle. The object of knowledge management is to create an organizational knowledge basis and to lead or control it. According to the above mentioned logic (after determining knowledge aims) to identify external and internal organizational knowledge to create knowledge transparency is at the first place. In the next step companies have to acquire internal knowledge. In the period of knowledge improvement conscious creation of new knowledge, fresh ideas which generate new abilities, procedures, products can be talked about. In the stage of knowledge sharing companies have to provide necessary knowledge so that it can be available in time and in the right place. The use of knowledge guarantees applying cognitions on behalf of organizational success and efficiency. The last step of the circle process is knowledge conversation and control. It can guarantee that identified, acquired, improved, shared and used cognitions should be available for employees in the future as well (Kovács 2001). This circle of knowledge management can be imagined as a reality where organizational operation can take care about a prerequisite system which is the learning organization where people can behave according to its rules.

In the previous periods when eras were separated by writing down the economic development, we talked about an information society but today we talk about a knowledge society, knowledge economy. To create a knowledge society can become real on the basis of a learning society. Its essential symptoms are the following:

- Upgrading knowledge, fast and continuous changes in most parts of knowledge
- Learning becomes general which is Life Long Learning
- A wide spread learning appears in all walks of life, Life Wide Learning

Operating a learning organization and a knowledge management system too has an aim via organizational teams to mobilize shared or tacit knowledge in organization. In this way it can react faster and more flexibly to demands of markets and competitors. As a result of these facts companies can produce a higher quality in their processes. By better plans and more effective works the innovation ability of enterprises will increase (Dixon-Nancy 2000).

The discipline of team learning starts with “dialogue,” the capacity of members of a team to suspend assumptions and enter into a genuine “thinking together.” This discipline is of bigger importance in our research and survey therefore we deal more with it.

## Individual and team

People join a team because they find a balance of advantages and disadvantages properly rather than doing something alone. When an organization gives security to a team and through it to an individual, it allows field to ideas, proposals, motivation and creates a trustful atmosphere. In this case effective, quality work, continuous development and learning become a common interest.

In the 1970s, single geniuses had main roles in organizational life, nowadays flexible team workers are the motivators of effective work. An employee possesses only a part of information or knowledge that is necessary to solve a problem. He/she has to acquire the other information and knowledge from the other colleagues. They need to encourage each other. We can say that the role of team work has become more valuable and companies prefer this type of work (House 2002).

Surveys about teamwork have shown that there are not only effects among individuals and teams but there are connections among teams and organizations, too. Organizations can calculate with more knowledge and information, they can deal with problems from more views and their decisions will be better understood by the teams.

### Knowledge of a team

A condition to have knowledge circulated is to create a common team knowledge which can be established by a task solution. Knowledge comes into being when a team can analyse its completed tasks and experience, reveals causes and draws conclusions before it continues its work. To induce common knowledge well thought-over strategy and a suitable attitude from team members are needed. To disseminate this common knowledge suitable methods and tools are needed and knowledge has to be in a suitable form so that it can be reached by other people. If required knowledge can reach its aim, a user will process it and with its help team members can accomplish their tasks (Fehér 2002).

Team knowledge is more than the amount of individual knowledge. The main source is communication among people and it contains skills, competences, abilities and cultural background as well.

## Team learning

Operating a knowledge management system can be imagined only in a learning organization. As teams consist of individuals their knowledge and capability of learning can be summarized in the results of team performance. It is more than a simple sum of individuals' knowledge. According to this thinking team learning means on the one hand individual learning and on the other hand learning of all the team by conservation, improving, dissemination of the common acquired knowledge.

It is an interesting question: How can it be that the performance of a team of managers who are individually with 120 IQ narrowly reaches 63 IQ level? In another case the situation is turned. People with medium abilities can solve very difficult problems in a team easily.

The principle of team learning can answer this paradox. There are examples in sports, arts, sciences and sometimes in business life, how team intelligence can rise above individual's intelligence, how they can develop special abilities to do harmonized tasks. If they are capable in effect to learn together, they can expect not only extraordinary performance but individuals can develop faster (Senge 1990). To have skills for team work and to be good at the above mentioned conditions cannot be learned in a theoretical way in the frame of the educational system. Bologna process, which has been introduced to higher education, offers possibilities to organize teamwork among students according to great students' number. When a teacher is in a special role that helps students to learn not only with sharing his/her knowledge, with talking about his/her cognitions but with exact aims and with project tasks he/she makes the students active. In this case he/she is a mentor who helps students to develop (Bencsik et al. 2009).

To chose a teaching method can be influenced by some facts over the effectiveness of costs, for example: students' learning style, technical level of teaching or education, content of subject-matter, etc. It can be expected to

operate team work in a company in an effective way if young people are ready to use this type of work not only theoretically but they have experience, too. They can get this experience at universities if they can work and learn in teams during their study period (Bencsik 2009).

Our research was motivated to get a picture about team work at universities in an international comparison. We would have liked to know if developed countries use this type of study more successfully than Eastern European countries which are learning democracy and common work now. This survey was started in the year of 2009 with the following countries:

- Spain
- France
- Lithuania
- Estonia

## Methodology of Research

Research hypotheses was that Western European educational systems in developed countries use more often and in a more effective way team work than in Eastern European countries. Therefore students from these developed countries like this method and they are prepared for using it at companies. These differences origin from national culture and historical background.

During our survey we used quantitative method by questionnaires. In our questionnaires we used closed, opened and scaled questions. We have valued results with SPSS version 17. We used simple and more complicated statistical methods, ANOVA, cross table, factor and cluster analysis.

### *Characteristics of Sample*

From countries which were as participants in this survey, we asked students from more universities. We used random sampling. Among investigated universities there were public and private universities in each case.

Questionnaires were filled in by 100 students from each country. From the view of universities questionnaires were divided in equal frequency.

In the questionnaires non-metrical (ordinal) scales were used, this way we could form a preference order. We offered options (as answers to the questions) on a list from 1 to 7 where answers were from strongly disagree to strongly agree. In the questionnaires there were nominal scales too and we used only five opened questions where students were asked to write their own opinions.

#### *Chapters of Questionnaire*

- General Questions about University Education
- Teaching methods
- General Questions about Teams and Teamwork
  - General Questions
  - Worker Contributions
  - Work Outcomes
  - Work Relationship
- Personal opinions regarding teamwork
- Background Information

In this paper we focus only on the medium chapter, on the team and teamwork and we flash only some results from the first and second chapters.

## Results of Research

#### *General Questions about University Education*

I will show you only some interesting characters. To the question: “Why did you choose this institution?” students have given the following answers (figure 1). Answers to the next question “Why did you choose this course?” you can see in figure 2a and 2b.

Figure 1: University is famous

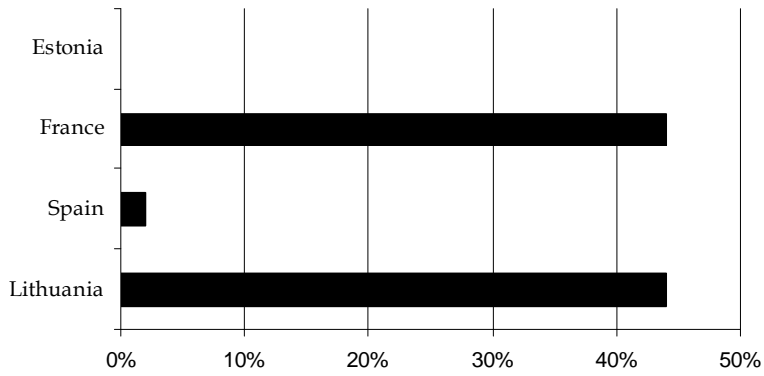


Figure 2a: I was interested in this course

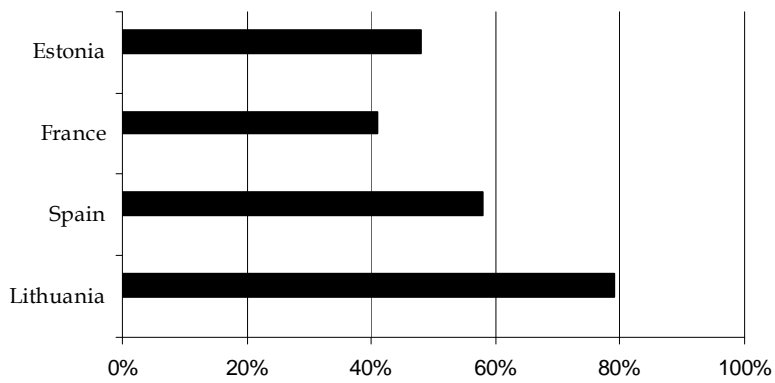
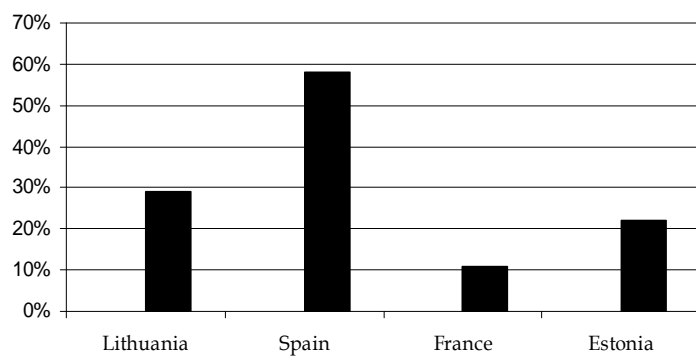


Figure 2b: I can make use of knowledge that I get here





Earlier we made a survey in Hungary among Hungarian students only. Compared these answers with our experience from Hungary it was very interesting that students study at a university and in a course because they are interested in it and they want to use the received knowledge. Only in two cases the reputation of university plays a main role. According to our experience students study in Hungary at universities in most cases because in this period they do not become unemployed because it is a fashion to attend universities though they are not interested in the chosen courses.

*Teaching methods*

To evaluate the further answers it is important information from the second chapter: How often do students use teamwork, how universities can utilize the power of common thinking? The result in case of France was a surprise, it was the opposite of our expectation. This method is the most popular one in Spain but it is often used in Lithuania and in Estonia, too (figures 3 and 4).

Figure 3: Frequency of project task

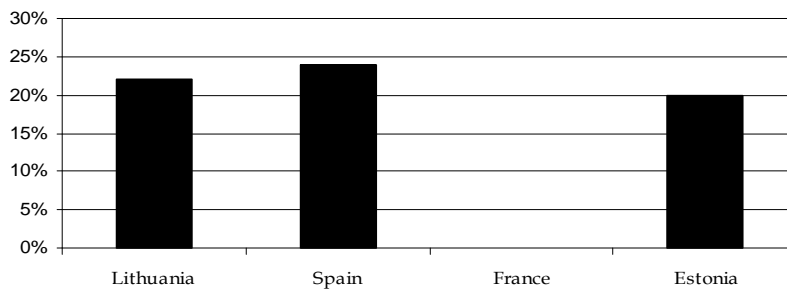
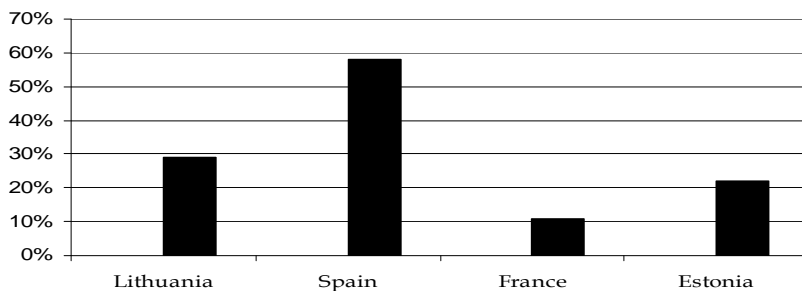


Figure 4: Frequency of group- or teamwork



*General Questions about Teams and Teamwork*

In our analysis the significant factors are in this chapter:

General Questions

1. I prefer to work in teams even if I am capable of doing the whole job alone.
2. People generally prefer to work in teams even if they are capable of doing the whole job alone.
3. Highly skilled people will accomplish more as a team than they would if each worked independently.
4. Team members will not help each other unless they trust each other.
5. Good teamwork results from the interaction of good individual performances.

Worker Contributions

6. For good teamwork, the most important factor is to have competent individuals on the team.
7. For good teamwork, the most important factor is to have good relationships among team members.
8. For good teamwork, the team itself is more important than individual members and the relationships among them.

Work Outcomes

9. With teamwork, team morale (spirit) is more important than team performance.
10. With teamwork, team performance is more important than team morale (spirit).
11. With teamwork, good morale (spirit) is necessary for good team performance.
12. With teamwork, good performance is necessary for good morale (spirit).

Work Relationships

- 13. For effective teamwork, everyone on the team must get along well with everyone else on the team.
- 14. For effective teamwork, it is enough that most of the members get along well with each other.
- 15. For effective teamwork, interpersonal relationships will have little effect on the performance of the team.

I will show you some interesting results from these answers. You can see that students from Eastern European countries value importance of teamwork at a higher level than students from Western European countries. It is right from the view of own and from the other students as well (figure 5 and 6).

Figure 5: I prefer team work even if I am capable of doing the whole job alone

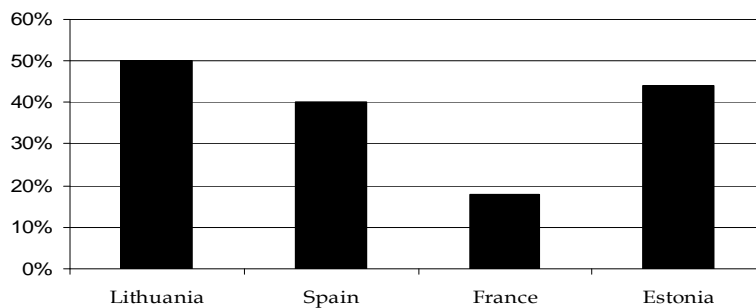
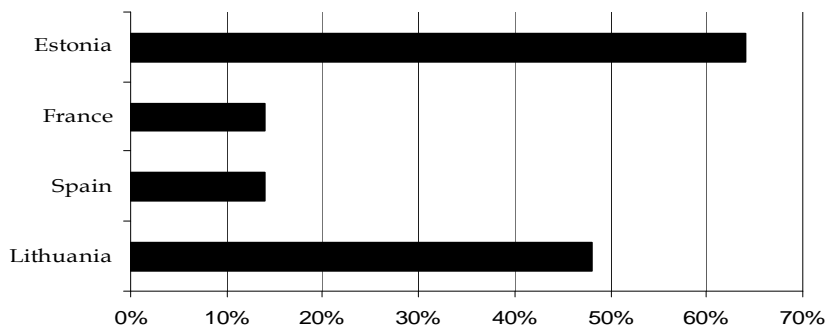


Figure 6: People generally prefer team work



They keep this type of study and work important because in these countries it was not an often used method earlier and it is a relatively new possibility to utilize and to use common knowledge. To work and to think in a group origins from multinational companies and from western style. It is liked by eastern students. In western countries they use teamwork at universities but these students do not like it so much and for them it is not an important question. They use it in a natural way.

In the following you can see from the figures how they think about successful teamwork. In this case there is a big difference between eastern and western students (figures 7 and 8).

Eastern students think that individual knowledge is needed at a high level to effective teamwork. They think that highly skilled people will accomplish more as a team member. They value team performance as a result of sum of highly skilled people's performances. This result is a reflection of their thinking about the importance of teamwork.

Figure 7: Highly skilled people will accomplish as a team than they would if each worked independently

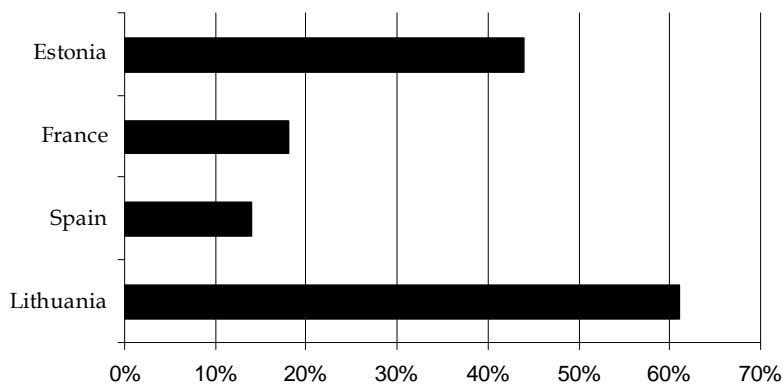
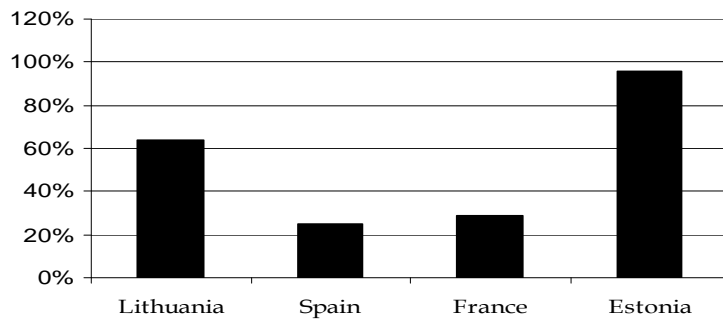
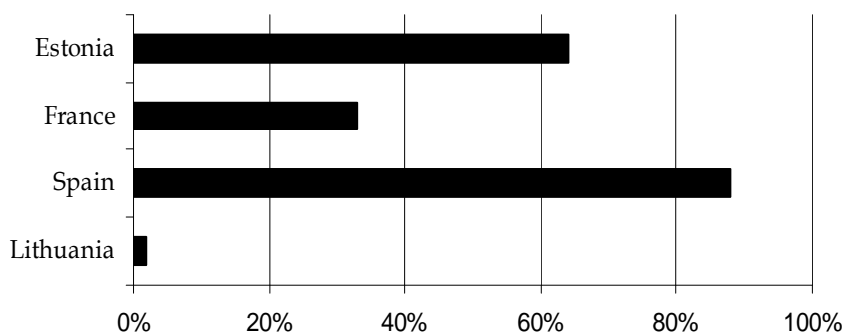


Figure 8: Good teamwork result from interaction of good individual performance



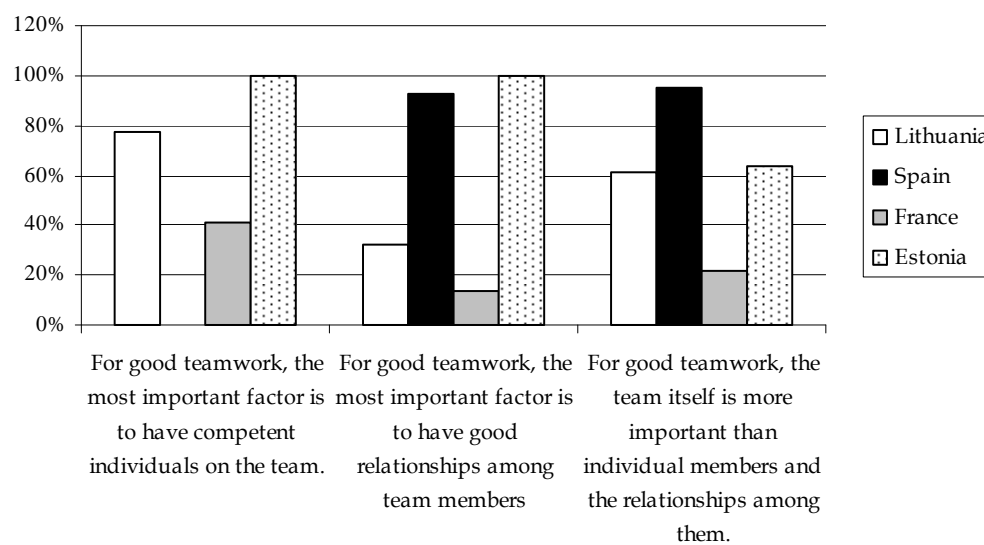
According to the next figure 9 we can say that students from Spain and Estonia think that individual weakness if people work together with diverse skills, will be compensated in teamwork. It confirms Lithuanian students' opinion about importance of individual skills very much. Compare it with results of figures 7 and 8. There is especially a big difference between Spanish and Lithuanian students' opinion.

Figure 9: Putting people with diverse skills together on a team will compensate for any individual weaknesses



The following figure 10 verifies the above shown results. According to Lithuanian and Estonian students to be individuals in a team with high competences is needed. They are prerequisites of good teamwork. Spanish students do not think that diverse competences will be compensated. These results harmonize with the results of figure 9.

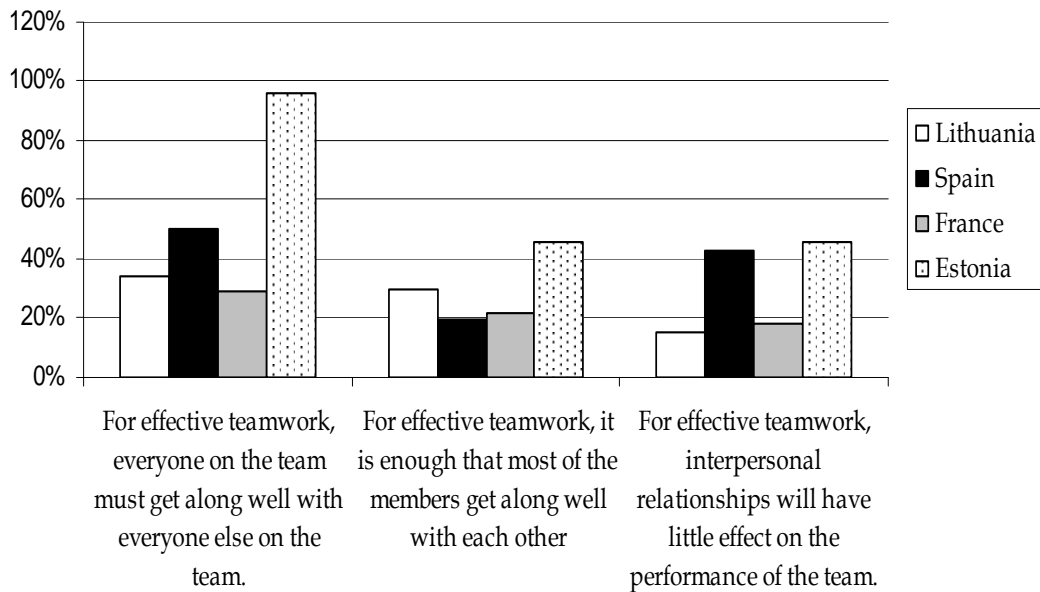
Figure 10: Worker contribution



The significance of all the team and relationship among team members is important at a prominent rate according to Spanish students' opinion. In this case Estonian students have almost the same opinion. Lithuanian and French students do not find good relationship an important factor. But their way of thinking about significance of whole team is at a bit higher level.

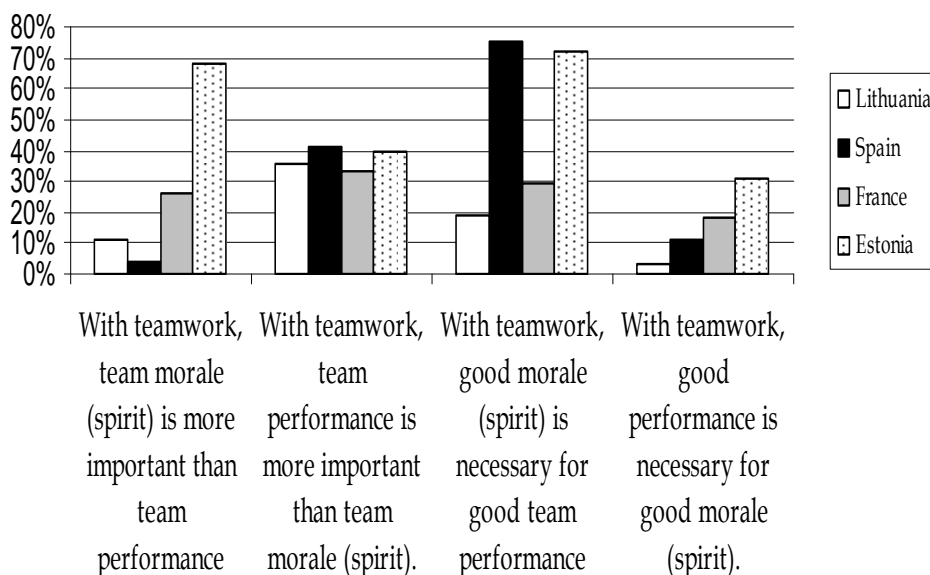
It is very interesting that French students, harmonized with the results of figures 3 and 4. about frequency of project and teamwork, do not like this method of study or work. Therefore they think there is no serious importance of the whole team or relationship among team members. Their positive opinion is at a lower level compared with the other nations but if we valuate their opinion next to each other, they find individual competences the most important factor for effective teamwork.

Figure 11: Work relationship for effective teamwork



About work relationship three nations have almost the same opinion (figure 11). There is a bigger difference in Estonian students' thinking. According to their opinion everybody has to be in good relationship with each other to effective teamwork. According to the Estonia students it is also significant that most of the team members should get on well with each other. In the other three nations' opinion this expectation is not so important. This result harmonizes with earlier findings (figure 10) that they keep individual knowledge and competences more significant. They prefer individual performance inside a team, too and they think that relationship among team members does not influence the team performance.

Figure 12: Work outcomes - Relationship between team morale and team performance



Spanish and Estonian students think that team morale is important because a balanced atmosphere is needed to an effective team performance (figure 12). But it is right at the same time that the good performance does not mean a cementing force. According to their opinion team morale will not be good from good performance. This figure shows that team performance is more important than team morale according to more than one-third of each nation.

## Conclusions

If we evaluate our results we can say that our hypothesis could have been verified only in one part. Namely it is right that there are some differences between eastern and western students' way of thinking about teamwork and team study. But it is ambiguous why they think in another way about this type of work or study.



Earlier we thought that it was caused by different historical backgrounds. We had a survey before this about teachers' and professors' way of thinking at universities about the same issues on the basis of almost the same questionnaires. In that research we compared teachers' opinion from different universities from different countries (China, Russia and Hungary). From that survey we got results that showed national cultural differences, social differences and differences in historical background. Starting from these earlier results our hypothesis was formed.

In this case we can say about the results of this research that there are sometimes big differences among investigated nations' opinions but these differences origin not only from their historical background and national culture. These students behave and think about teamwork in accordance with our expectations but according to their closer environment. They are young and economic conditions of their country influence their behaviour. In Eastern countries students want to adapt expectations and examples of western companies' owners. Therefore they think a bit more seriously about the importance of teamwork. Students from Western countries have experience and they value significance of this type of study and work according to their own nation.

Nowadays there is not such big importance of teamwork at universities than at companies but teachers, professors have to prepare students for the expectation of companies and economic life. And universities have to understand that in common thinking there is a very big potential and power. Western countries have a little advantage in this area but we have to say that both of them (them and us) have to do a lot for professional teamwork and team study. Such possibilities must be utilized in this area in the future.

## Bibliography

- Bencsik – Dernóczy 2007: Felsőoktatási „szerepjáték” nemzetközi mérlegen VI. Nemzetközi Konferencia Miskolc Tanulmány Kötet I. pp. 276-283.
- Bencsik et al. 2009: HR and knowledge management in higher education in: Higher Education, Partnership, Innovation Budapest.
- Bencsik 2009: A tudásmenedzsment emberi oldala Z-Press Kiadó Miskolc.
- Davenport, T. 1996: The Future of Knowledge Management in: CIO 9, pp. 30-31.
- Dixon, Nancy M. 2000: Common knowledge How companies thrive by sharing what they know, Boston, MA: Harvard Business School.
- Fehér P. 2002: Tudásmenedzsment: a jövő szolgáltatása Szolgáltatások a 3. évezredben BKÁE, pp. 420.
- House, R. et al. 2002: Understanding cultures and implicit leadership theories across the GLOBE: an introduction to project Globe, Journal of World Business, pp. 3-10.
- Kovács, G. J. 2001: A tudásmenedzsment célja, felépítése, megvalósítása és működése BME –OMIKK– Humánerőforrás-menedzsment Budapest, pp. 3-4.
- Senge 1990: The Leaders New York: Building Learning Organization, Sloan Management Review, Fall.

Herausgeber:  
Jean Monnet e.V.  
Budapest – Berlin